

Wenn Wahlen nichts verändern

Wird sich in der EU etwas ändern nach diesem Wahltag? Nun, in Frankreich wurde ein Sozialdemokrat gewählt. Also das wird einmal keine Änderung bringen. Auch dann nicht, sollte die Sozialdemokratie nach den kommenden Wahlen auch das Abgeordnetenhaus dominieren. Warum sollte sich auch etwas ändern? Man denke an Schröder und Blair und Zapatero und hat die Antwort. Die Sozialdemokratie war immer schon fähig, den Kapitalismus besser durchzusetzen als die Konservativen — vor allem in Krisenzeiten. Die ökonomischen Parameter haben sich an diesem Sonntag nicht geändert — und auf die kommt es an. Und Sozialdemokraten sind ja nicht besonders berühmt dafür, prinzipielle Einschnitte in ein vorgefundenes System zu machen. Im Gegenteil: Das unberechenbare Rumpelstilzchen, das bisher im Élysée saß, hat seine Schuldigkeit getan, wäre aber für ein Europa der zunehmenden Spannungen eine ziemliche Katastrophe gewesen. Wenn wer die EU retten kann, dann ist es die Sozialdemokratie, denn was das Volk in diesem mittlerweile sich zum Superstaat gemauserten Staatenbund braucht, sind Beruhigungspillen — und die waren von diesem bisherigen Präsidenten, der ständig den Monsieur 100.000 Volt geben wollte, nicht zu haben. Am Diktat der Märkte wird aber Hollande sicher nicht rütteln und ob es am Fiskalpakt auch nur kosmetische Veränderungen geben wird, ist mehr als fraglich.

In Griechenland sieht die Sache auf den ersten Blick anders aus. Die Berichterstattung bei uns ist auch dementsprechend dramatisch: Linke und Faschisten werden beide taxfrei als "Extremisten" und "Populisten" über einen Kamm geschoren. Die deutsche "Bild" titelte gar: "Chaos siegt über Vernunft"! Die bisherige griechische Elite weigert sich auch völlig zu begreifen, was da passiert ist — der Chef der Nea Demokratia warf empört das Handtuch, als er erkennen mußte, daß man mit Syriza den brutalen "Sparkurs" wirklich nicht weiter führen können. Schöne Scheiße, wird er sich gedacht haben, die haben das ernstgemeint mit dem, was sie im Wahlkampf gefordert haben!

Aber die Troika steht ja vor der Tür. Und die will diese Austeritätspolitik — damit der Euro und die Interessen der Zeichner von Staatsanleihen gerettet werden. Wird es im griechischen Parlament aber eine Mehrheit geben, die

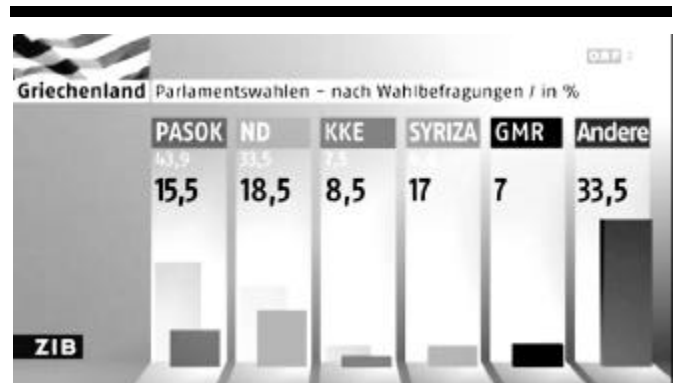
es eiskalt zum Crash kommen lassen wird — sprich Zahlungsunfähigkeit und Rückkehr zur Drachme riskieren? Außer den Faschisten und der KKE wollen alle im Parlament im Euro bleiben. Wird man in Griechenland sagen: Die Troika muß sowieso zahlen, es bleibt ihr ja nichts anderes übrig, wenn sie den Euro und damit vielleicht das ganze "europäische Projekt" retten will? Hat das neue Parlament den Mut, das wirklich zu riskieren? Was wäre die Folge? Ist ein Putsch oder sonst eine "militärische Lösung" in der EU vielleicht sogar schon vorstellbar? Oder läßt man einfach nochmal wählen, in der Hoffnung, daß es sich für ND und PASOK doch noch ausgeht?

Ach, irgendwas wird man schon an Regierung basteln, vielleicht mit Unterstützung der ND- oder Syriza-Dissidenten, die ja jetzt auch im Parlament sitzen. Irgendwie wird es möglich sein, eine "Regierung der Vernünftigen" zustandezubringen — und den Protest kann man ja weiterhin niederknüppeln. Schließlich ist man in einer Demokratie und da darf das Volk nur mitreden, wenn es per Stimmzettel auswählen darf, von wem es denn verarscht werden möchte.

Was wir in den Ländern der EU brauchen, ist ein klarer Paradigmenwechsel. Und der ist nicht so einfach an der Urne zu erreichen. Die jetzigen Ergebnisse waren zwar ein warnender Schuß vor den Bug, aber leider einer mit Platzpatronen. Denn wenn Wahlen etwas verändern könnten, wären sie längst verboten.

Persönlicher Nachtrag: In Prognosen, besonders, wenn sie die Zukunft betreffen, war ich noch nie gut. Vielleicht irre ich mich auch diesmal. Würde mich sogar freuen...

Bernhard Redl



Der ORF war so verwirrt über die unüblichen Wahlergebnisse, daß er in der ZIB nach den ersten Exit-Polls Türrädchen zeichnete, die mit den Zahlen nicht viel zu tun hatte — SYRIZA wollte man graphisch nicht zugestehen, stärker als die PASOK zu sein und die 8,5% der Kommunisten waren ja wohl auch nicht akzeptabel...

Dank für den Screenshot an: <http://fernseherkaputt.blogspot.com/>

Krisen- und Protestnotizen:

Wien: Anti-Fiskalpakt-Demo

Das Personenkomitee "Für eine Volksabstimmung über den EU-Fiskalpakt" bereitet für 11. Mai eine Protestaktion in Wien vor. Von den Abgeordneten im österreichischen Parlament wird gefordert, ihre Verantwortung wahrzunehmen und die Menschen in Österreich umfassend über diesen Vertrag zu informieren und vor Ratifikation eine Volksabstimmung durchzuführen. Aus dem Aufruf: "Beim Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs Anfang März 2012 wurde beschlossen, einen 'Vertrag über Stabilität, Koordination und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion' einzurichten. Der Vertrag soll mit 1. Jänner 2013 in Kraft treten, wenn ihn zumindest 12 EU-Mitgliedsstaaten bis dahin ratifiziert haben. Der Vertrag wird außerhalb des EU-Rechts errichtet, trotzdem werden der EU-Kommission und dem Europäischen Gerichtshof weitgehende Entscheidungsrechte zugesprochen. Viele Menschen erkennen in diesem Vertrag die Gefahr, dass damit das in Jahrhunderten erkämpfte Fundamentalrecht der Parlamente, die Entscheidung über die Einnahmen und Ausgaben des Staates, diesen weitgehend entzogen wird. Demokratisch nicht gewählten Institutionen würde damit eine enorme Machtfülle über unser Leben zugesprochen. Der Sozialstaat, wie er über Jahrzehnte in Auseinandersetzungen errungen und ausgebaut wurde, wird durch die Verankerung einer permanenten und 'automatisierten' Sparpolitik in seiner Existenz bedroht."

Bisher war geplant, den EU-Fiskalpakt am 15. bzw. 16. Mai zu ratifizieren, wenn nicht anders möglich, auch mit einfacher Mehrheit.

Demotreffpunkt: Fr, 11. Mai 2012, 18 Uhr, Chr. Broda-Platz in Wien (vis-a-vis Westbahnhof). Danach Marsch zum Parlament.

personenkomitee_fiskalpakt@gmx.at

<https://www.facebook.com/EUFiskalpakt>

Volksbegehren "Steuergerechtigkeit jetzt!"

Seit Mitte April sammelt ein sich als parteiunabhängig verstehendes (aber mit Unterstützung des grünen burgenländischen Abgeordneten Michel Reimon und des jüngst aus der Partei ausgetretenen "SPÖ-Rebellen" Rudolf Fußi versehenes) Personenkomitee Unterstützungserklärungen für sein Volksbegehren "Steuergerechtigkeit jetzt!" Die zentrale Forderung ist sehr gemäßigt: Im Volksbegehren wird die Entlastung von Arbeits- und Erwerbseinkommen bei gleichzeitiger Anhebung vermögensbezogener Steuern von 0,6 Prozent auf den EU-weiten Durchschnitt von zwei Prozent gefordert.

Daher hat auch die Wiener AK zugesagt, das Volksbegehren zu unterstützen. Bis 15. Juni kann es auf den Gemeindeämtern unterschrieben werden.

<http://www.steuergerechtigkeit-jetzt.at/>

Blockupy Frankfurt verboten

Eine Initiative namens "Blockupy Frankfurt" ruft für nächste Woche zu internationalen Protesten bei Hauptsitz der EZB in der Mainmetropole auf. Geplant war Folgendes: "Am 17. Mai werden wir Parks und öffentliche Plätze im Stadtzentrum besetzen. Wir wollen Räume schaffen für Diskussion und Austausch. Am 18. Mai werden wir aus verschiedenen Richtungen ins Finanzzentrum vordringen: Unser Ziel ist eine vollständige Blockade der EZB und aller anderen Finanzmarktinstitutionen in Frankfurt, um ihr Geschäft lahmzulegen. Am 19. Mai wollen wir die Größe unserer Bewegung bei einer Demonstration zeigen und deutlich machen, dass wir unsere Gesellschaften nicht von der Troika zerstören lassen werden."

Doch am 4. Mai teilte die zuständige Behörde mit, daß ausnahmslos alle Protestaktionen der Aktionswoche untersagt wären. Davon will sich aber die Organisationsgruppe abschrecken lassen und mobilisiert weiterhin nach "Bankfurt". In einem "Aufruf von MusikerInnen und KünstlerInnen", für den unter anderem der

Regionales Sozialforum geplant

Angesichts der ansteigenden Woge des internationalen Rechtsextremismus (zuletzt in Frankreich: 18 Prozent für den Front National) und der unaufschiebbaren Notwendigkeit die fortschrittlichen Kräfte international zu vernetzen, unterstreicht das Austrian Social Forum (ASF), daß das nächste ASF (2013) gemeinsam mit UngarInnen, TschechInnen, SlowenInnen und ItalienerInnen organisiert werden wird — also ein REGIONALES Sozialforum sein wird.

Noch vor dem Sommer (wahrscheinlich Ende Juni) wird auf einer ASF-Vorbereitungssitzung gemeinsam mit unseren internationalen FreundInnen der entsprechende Rahmen abgesteckt. Mit diesem regionalen Sozialforum wollen wir auch einen KONKRETEN Schritt raus aus der gegenwärtigen Stagnation des europäischen Sozialforumsprozesses (ESF) setzen. Gerade JETZT ist ein erneuertes ESF notwendiger denn je! Es gibt zwar in vielen Ländern (Abwehr)kämpfe gegen die Krisen des Kapitalismus. Was jedoch fehlt ist ein breiter internationaler Rahmen, wo all diese Einzelkämpfe ZUSAMMENGEFÜHRT und eine gemeinsame, gesamt-europäische Vorgangsweise erörtert wird.

Nur das ESF (erweitert um die "neuen" AkteurInnen der letzten Jahre und die Erfahrung, daß es auch Allianzen auf politischer Ebenen bedarf) bietet die Chance für solch eine breite internationale Kooperation.

Hermann Dworczak

auch der Promi Konstantin Wecker gewonnen werden konnte, heißt es außerdem: “Der staatliche Versuch, die Blockupy-Proteste gegen das menschenverachtende Spardiktat der Troika vor den Banktürmen der Finanzmetropole Frankfurt zu verbieten, ist zum Scheitern verurteilt. Die Menschen auf dem Tahrir-Platz in Kairo, in Athen, Tunis, New York, Diyarbakir, Madrid, Rom, oder bald in Frankfurt demonstrieren: Verbote und staatliche Repression können das legitime Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit nicht verhindern, die Sehnsucht nach einem Leben für alle Menschen weltweit ohne Hunger, Elend, soziale Ungerechtigkeit und Kriege nicht mehr unterdrücken.”

<http://blockupy-frankfurt.org>

<http://notroika.linksnavigator.de/petition/protest-gegen-das-verbot-von-blockupy-frankfurt>

Schuldenerlaß ist möglich: BRD 1953

Daß die Art und Weise, wie mit Griechenland umgegangen wird, nationalökonomisch eher nicht so sinnvoll ist, wird heutzutage nur mehr von einer kleinen Minderheit an Ökonomen bestritten. Daß es auch anders geht, beschreibt ein Artikel in “Sand im Getriebe”, der Zeitschrift von Attac. Im Londoner Schuldenabkommen von 1953 wurden dem schwer verschuldeten Westdeutschland 50% der Forderungen erlassen — für den Rest der Schulden gab es eine Rückzahlungserstreckung auf die darauffolgenden 35 Jahre.

Der Hintergrund: Zum einen war wohl klar, daß nach den Erfahrungen des Aufstiegs der Nazis eine neuerliche ökonomische Krise in Deutschland eine gefährliche Angelegenheit

gewesen wäre, zum anderen waren aber die USA, die dieses Abkommen durchsetzten, daran interessiert, im beginnenden Kalten Krieg einen dankbaren Partner zu haben. Und es funktionierte: Angetrieben von Marshall-Plan-Hilfen und globalem Nachkriegs-Boom wuchs die westdeutsche Wirtschaftsleistung nach dem Schuldenschnitt jährlich zwischen neun und acht Prozent. Die Schulden sanken nach der vollen Umsetzung des Abkommens 1958 auf sechs Prozent der Wirtschaftsleistung.

Einer der Gläubigerstaaten, die damals auf Forderungen verzichteten, war übrigens Griechenland. Und: Vom Schuldenschnitt 1953 nicht betroffen waren die Reparationsforderungen nach der Kapitulation Nazi-Deutschlands. Diese sollten erst nach einer Wiedervereinigung mit der DDR bezahlt werden — als es dann soweit war, wollte niemand mehr etwas davon wissen...

<http://sandimgetriebe.attac.at/10065.html>

(akin)

Langsames US- Wachstum verstärkt Weltwirtschaftskrise

Geld wäre vorhanden, aber niemand will investieren

Das Wachstum der amerikanischen Wirtschaft hat sich im ersten Quartal des Jahres 2012 verlangsamt; laut letzten Zahlen des US-Handelsministeriums ist das Bruttoinlandsprodukt nur um 2,2 Prozent gestiegen. Diese Zahl lag deutlich unter den 2,6 Prozent, die Ökonomen erwartet hatten, die von Dow Jones Newswires befragt wurden.

Die Zahlen deuten darauf hin, dass die Beschäftigung auch weiterhin nur langsam steigen wird und sich die Arbeitslosigkeit über den derzeitigen Stand von 8,2 Prozent hinaus erhöhen wird, nachdem sie in den letzten sechs Monaten von 9,1 Prozent gesunken war.

Gleichzeitig stagniert die kapitali-

stische Weltwirtschaft weiterhin und die großen Wirtschaftsmächte Europas – Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien – erleben entweder den Beginn einer neuerlichen Rezession oder stehen kurz davor. Auch Japan befindet sich in einer Rezession, und das Wirtschaftswachstum von China und Indien hat sich deutlich verlangsamt – es liegt deutlich unterhalb der Wachstumsraten der vergangenen Jahre von ca. zehn Prozent.

Der Weltkapitalismus steht noch immer auf der Kippe. Es droht eine neue weltweite Finanzkrise, die durch Schocks ausgelöst werden könnte, wie beispielsweise einen Staatsbankrott Griechenlands oder eines von sechs andern Ländern der Eurozone, einer finanziellen Implosi-

on wie dem Zusammenbruch von Lehmann Brothers 2008, einem Krieg im ölreichen Nahen Osten oder einem anderen internationalen Krisenherd.

Der Bericht des Handelsministeriums zeigt, dass die Vereinigten Staaten nicht der Motor eines weltweiten Wirtschaftsaufschwungs sein können, wie sie es in früheren Jahrzehnten waren. Die amerikanischen Unternehmen haben mehr als genug Geld, aber sie halten es für gewinnbringender, ihre eigenen Aktien zurückzukaufen als in Produktion zu investieren.

Die Agentur erklärte, der Rückgang des BIP-Wachstums sei hauptsächlich auf “einen Rückgang privater Investitionen in Inventar und einen Rückgang bei Investitionen in gewerbliche Immobilien zurückzuführen.” Mit anderen Worten, er ist das Ergebnis der Weigerung der Großkonzerne, neue Gebäude zu bauen oder Computer und Ausrüstung zu kaufen.

Die Kategorie “Investitionen in gewerbliche Immobilien” ging im ersten Quartal sogar um 2,1 Prozent zurück, während sie im ersten Quartal 2011 noch um 5,2 Prozent gestie-

gen war. Die Unternehmen verlangsamen auch den Ankauf von Inventar, da sie scheinbar annehmen, sie würden Schwierigkeiten haben, zusätzliche Güter zu verkaufen.

Ein weiterer großer Faktor für den Rückgang ist ein Sinken der Staatsausgaben von drei Prozent, da kommunale, bundesstaatliche und die nationale Regierung ihre Ausgaben gekürzt haben. Im vierten Quartal des Jahres 2011 hatte es dort bereits einen Rückgang von 4,2 Prozent gegeben.

Der Vorsitzende der Federal Reserve, Ben Bernanke, sagte nach einem zweitägigen Treffen, es werde keine weiteren Bestrebungen geben, die Schaffung von Arbeitsplätzen anzukurbeln. Die Fed schätzt, dass die Arbeitslosenquote auch bis Ende dieses Jahres bei acht Prozent bleiben, im Jahr 2013 auf sieben Prozent und im Jahr 2014 auf 6,7 Prozent sinken werde.

Das bedeutet, Millionen von Arbeitern werden mehr oder weniger dauerhaft arbeitslos bleiben. Fast 25 Millionen Arbeiter sind arbeitslos, unterbeschäftigt oder aus der Statistik gefallen, weil sie keine Arbeit finden können. Laut einem Bericht von Associated Press von letzter Woche sind mehr als die Hälfte aller College-Absolventen unter 25 Jahren entweder arbeitslos oder unterbeschäftigt.

Bei einer Pressekonferenz zum Ende der Tagung wies Bernanke Kommentare liberaler Kritiker zurück, die forderten, die Wirtschaft zu stimulieren und Arbeitsplätze zu schaffen. "Die Frage ist, ist es sinnvoll, eine höhere Inflation zu riskieren, um die Arbeitslosigkeit etwas schneller zu senken?", fragte er. "Das wäre sehr leichtsinnig."

Der Vorsitzende der Fed argumentierte, dass inflationäre Politik nicht zu einem deutlichen Wachstum auf dem Arbeitsmarkt führe, womit er indirekt zugab, dass die Zentralbank die Unternehmen nicht dazu zwingen könne, Arbeiter einzustellen, wenn sie keine Möglichkeit sehen, mit ihrer Arbeit Gewinn zu machen.

Außerdem gibt es Presseberichten zufolge beträchtlichen Widerstand der Fed-Gouverneure gegen weitere Maßnahmen zur Erleichterung von Krediten. Einige Funktionä-

re wollten die Zinssätze über den derzeitigen Stand von fast null anheben, um ihre Entschlossenheit im Kampf gegen inflationären Druck zu zeigen – d.h., um Arbeiter daran zu hindern, Lohnerhöhungen zu fordern.

Ende April meldete das US-Arbeitsministerium, dass die Zahl der Neuanträge auf Arbeitslosenhilfe letzte Woche nahezu unverändert bei 388.000 lag, das ist der höchste Stand seit dem 7. Januar. Die wöchentliche Zahl war Ende März auf 355.000 gesunken, dann im April eine Woche lang um 30.000 gestiegen, teilweise wegen der Entlassung zahlreicher Angestellter an staatlichen Schulen.

Andere Meldungen aus der amerikanischen Wirtschaft waren ähnlich düster wie die BIP-Zahlen. Das Handelsministerium schrieb am 25. April, dass die Aufträge für langlebige Güter im März um 4,2 Prozent zurückgegangen waren – der größte Rückgang seit Januar 2009, als sich die amerikanische Wirtschaft im freien Fall befand. Die Agentur korrigierte auch ihre Schätzung für langlebige Güter für den Februar von 2,4 Prozent auf 1,9 Prozent Wachstum nach unten.

Letzte Woche meldete die Federal Reserve, dass die Leistung des produzierenden Gewerbes und die Zahl der Wohnhausneubauten im März ebenfalls gesunken seien. Die Produktionszahlen gingen um 0,2 Prozent zurück, dies war der erste Rückgang seit vier Monaten. Die Obama-Regierung nannte den BIP-Bericht "ermutigend", gab aber das Offensichtliche zu: "Zusätzliches Wachstum wird benötigt, um die Arbeitsplätze zu ersetzen, die durch die schwere Rezession seit Ende 2007 verlorengegangen sind." Ein Sprecher Obamas beschränkte sich auf Allgemeinplätze und sagte, die amerikanische Wirtschaft "bewege sich in die richtige Richtung", aber Präsident Obama sei der Meinung, es "sei noch viel zu tun."

Der voraussichtliche republikanische Präsidentschaftskandidat Mitt Romney, früher Gouverneur von Massachusetts, kritisierte die Bilanz der Regierung für den Arbeitsmarkt, hatte aber keine anderen Vorschläge

als weitere Steuersenkungen und Deregulierung für amerikanische Konzerne, die schon seit mehr als zehn Jahren keine Arbeitsplätze geschaffen haben.

Keine der beiden großen Wirtschaftsparteien, weder Demokraten noch Republikaner, schlagen ein Programm vor, durch das Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen würden, obwohl derzeit im Vergleich zu 2008 fünf Millionen Arbeiter mehr offiziell arbeitslos sind und weitere fünf Millionen aus der Statistik herausgefallen sind, weil sie es aufgegeben haben, Arbeit zu suchen.

Laut einer Reportage von Bloomberg News Anfang des Monats sind 70 Prozent aller Arbeitsplätze in den letzten sechs Monaten in vier Sektoren entstanden – Restaurants und Hotels, Gesundheitswesen, Einzelhandel und Zeitarbeit – in denen Niedriglöhne herrschen.

Die amerikanischen Unternehmen haben vorsätzlich eine riesige Reservearmee von Arbeitslosen geschaffen, um die Löhne weiter senken zu können. In einem Newsletter an Großinvestoren schrieb der Investmentchef von JPMorgan Chase, Michael Cembalest: "Die Lohnkosten in Amerika sind im Vergleich zu den Umsätzen und dem Bruttoinlandsprodukt heute so niedrig wie seit fünfzig Jahren nicht mehr."

Während Löhne stagnieren oder sogar sinken, schießen die Gewinne der Unternehmen in die Höhe. Das Nettoeinkommen der Unternehmen im Index Standard & Poor's 500 ist seit 2007 um 23 Prozent gestiegen, die Kapitalreserven um 49 Prozent. Laut einem Bericht des Wall Street Journals von letzter Woche haben diese Unternehmen den jährlichen Umsatz, der von ihren Angestellten im Jahr erarbeitet wird, von 378.000 Dollar pro Arbeiter im Jahr 2007 auf 420.000 Dollar pro Arbeiter 2011 erhöhen können.

Dass es bei den Löhnen und Sozialleistungen der Arbeiter keine derartigen Erhöhungen gab, versteht sich von selbst.

*(Patrick Martin,
World Socialist Web Site / bearb.)*

Inklusion! Oder so was Ähnliches...

ROSALIA KRENN, Sozialarbeiterin und Betriebsrätin bei der Lebenshilfe Salzburg, über die Nicht-sehr-gleich-Stellung von Menschen mit Beeinträchtigungen

Jährlich wird am 5. Mai der Kampftag für die Gleichstellung von Menschen mit "Behinderungen" mit vielerlei Aktionen zelebriert. Unter anderem machen die Organisationen des Dachverbandes der "Lebenshilfe Österreich" öffentlichkeitswirksam auf die Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen aufmerksam. Die Lebenshilfe Salzburg hat sich gemeinsam mit "Pro Mente" heuer für eine Photoausstellung entschieden. Etwa einen halben Kilometer entlang der Salzach wurden riesige Phototafeln aufgestellt, die einen Monat lang besichtigt werden können. Die Salzburger Filmemacherin und Photokünstlerin Petra Hinterberger hatte vor einem Jahr damit begonnen, Menschen mit Beeinträchtigungen in die Kunst der Photographie einzuweihen, die Ergebnisse können sich sehen lassen. Es sind über 450 wunderschöne Photos von Menschen mit mentaler "Behinderung" entstanden, sie zeigen diese Menschen in unterschiedlichen Handlungszusammenhängen. Jedes Photo wurde von einer Photographin oder einem Photographen mit "Beeinträchtigung" gemacht und professionell nachbearbeitet. Am Rande der Photos sind einzelne ausgewählte Artikel der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit "Behinderung" zu lesen. Man merkt die künstlerische Schulung und Begleitung der PhotographInnen, aber genauso spürbar wird, dass ein Mensch, der selbst betroffen ist, einen Menschen mit Beeinträchtigung ganz anders ins Bild zu rücken vermag.

Inklusion in Theorie und Praxis

Die Eröffnungsveranstaltung zur Ausstellung hat am 5. Mai nachmittags bei Schönwetter begonnen: Die Soziallandesrätin, die Behindertenbeauftragte der Stadt Salzburg und

der Geschäftsführer der Lebenshilfe Salzburg, zwei OrganisatorInnen und auch die Filmemacherin durften reden. Das war's. Nein, das ist jetzt kein Schmach, das war's. Die PhotographInnen waren anwesend, sie wurden auch zum Podium gebeten, man schenkte ihnen Sticker, auf denen ein Photoapparat abgebildet war, den sie sich sofort anstecken sollten, um als KünstlerInnen erkennbar zu sein. Gefragt wurden sie nichts, zu sagen hatten sie nichts, niemand ist auf die Idee gekommen, ihnen mal das Mikro in die Hand zu geben. Stumm haben sämtliche Menschen mit Beeinträchtigungen dem Eröffnungszirkus beigewohnt. Nicht ein Mensch mit Beeinträchtigung ist zu Wort gekommen. Das anwesende Publikum hat nicht erfahren, wie es den einzelnen PhotographInnen in diesem Jahr gegangen ist, welche Eindrücke sie gewonnen haben, warum sie aus bestimmten Blickwinkeln photographiert haben, wie es ihnen im Lernprozess gegangen ist, wo die Anstrengung und wo die Freude gelegen ist und was sie von der Untermalung ihrer Photos mit bestimmten Artikeln der UN-Konvention halten, oder wie ihre Bilder jetzt im Großformat an der Salzach auf sie wirken. Viele der abgebildeten Personen waren anwesend. Nicht eine einzige Person wurde gebeten, etwas darüber zu sagen, was sie empfindet, wenn sie sich so im Großformat im öffentlichen Raum begegnet. Nicht eine einzige betroffene Person wurde gefragt, was die Rechte für Menschen mit "Behinderungen" für sie bedeutet. Unter den betroffenen Personen befanden sich genügend Menschen, die nur darauf warteten, ein Mikro in die Hand zu bekommen. Da gibt es keine Ausreden.

Die Lebenshilfe Salzburg, und insbesondere ihr Geschäftsführer schafft es nicht mehr, auch nur zwei Sätze zu sagen, ohne das Wort Inklusion zu verwenden. Inklusion,

Inklusion, Inklusion. So, und jetzt veranstaltet diese Organisation selbstverständlich ein inklusives Event. Stimmt. Das Kunstprojekt ist ein gelungenes Beispiel für Inklusion. Nur: das hat mit der Organisation der Eröffnung gar nichts zu tun. Es ist ein Skandal, dass in Anwesenheit eines Selbstvertreters der Lebenshilfe, der in Sachen Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen durchaus bewandert ist, dieser nicht zu Wort kommt. Wenn schon 6 schön sprechende sogenannte wichtige Damen und Herren das Wort für ihre Selbstdarstellung ergreifen dürfen, wäre es zumindest angebracht, auch 6 betroffene Menschen mit Beeinträchtigung um ihre Meinung zu bitten. Inklusion, ein schönes Wort, eigentlich ist es zum Verkaufsschlager geworden. Auf allen hübschen Papieren steht es drauf, gelebt wird es nicht.

Die anwesenden Menschen mit "Behinderungen" sind nicht auf die Idee gekommen, sich während der gezeichneten Veranstaltung das Mikrofon zu schnappen, hier spielt Anpassungsdruck an gesellschaftliche Normen eine große Rolle. Aus der Rolle fallen Menschen, wenn sie Benachteiligung erkennen, dass sie in vielen Settings zu schweigen haben, eine bessere Staffage abgeben, wird als Diskriminierung häufig im ersten Augenblick nicht erkannt. Schließlich ergreifen Menschen in ihrem Namen das Wort, die ihnen wohlgesonnen sind und zu denen nicht selten ein Abhängigkeitsverhältnis besteht.

Selbstverständlich habe ich diese Situation im Nachhinein mit der von mir betreuten Literaturgruppe von "Behinderten" diskutiert. Bestätigt wurde ich in meiner Vermutung, dass betroffene Menschen viel besser formulieren können, dass es um Akzeptanz und um Respekt geht. Warum schreibe ich jetzt trotzdem diesen Artikel in ihrem Namen? Ganz einfach: die Menschen mit Beeinträchtigung mit denen ich kommuniziert habe, waren der Meinung, dass es schon etwas viel Arbeit wäre, dazu einen richtigen Artikel zu schreiben. Auf meine Anmerkung, dass es vielleicht gut wäre, sich dieser Arbeit zu stellen bekam ich die Antwort, dass ich auch arbeiten könnte und dafür viel besser bezahlt würde, also ich den Job erledigen sollte. ###

Asyl / Wirtschaft:

Wie Unternehmen davon profitieren,..

... dass Asylwerber nicht arbeiten dürfen

Auf Grund der langsamen Bearbeitung anstehender Asylverfahren leben in Österreich seit Jahren ständig an die 15.000 Asylwerber. Auf Grund eines Erlasses von Minister Bartenstein aus dem Jahr 2004 ist es ihnen aber, mit einigen Ausnahmen (Saisongewerbe), nicht erlaubt, in der Zeit, in der sie auf den Ausgang ihres Verfahrens warten, einer angemeldeten unselbständigen Beschäftigung nachzugehen.

Wie die Erfahrung zeigt, arbeiten aber die meisten von ihnen trotzdem. Und zwar schwarz! Was aber eigentlich niemand wirklich verwundert, denn es ist ja auch nicht anzunehmen, dass erwachsene gesunde Menschen jahrelang, tagein tagaus in ihren Notunterkünften herumliegen und nichts tun.

Sie verkaufen aber nicht, wie es uns Kronen Zeitung und Ähnliches weismachen wollen, Drogen (außer vielleicht ein paar wenige), sondern (und das sind mehr als 99%) sie finden ihre Arbeitsplätze in den Branchen Tourismus, Landwirtschaft, Bau und Reinigung.

Der österreichischen Wirtschaft stehen also ständig an die 10.000 Arbeitskräfte zur Verfügung, die die Unternehmer ohne rechtliche Grundlagen nach Bedarf einstellen und entlassen können. Was aber noch gravierender ist: Das sind billige Arbeitskräfte, weil für sie weder Sozialversicherung noch sonstige Abgaben bezahlt werden.

Wenn man bei diesen Arbeitern von einem ungefähren Monatslohn von (hoch geschätzt) 1000 Euro netto ausgeht, errechnet sich daraus eine jährlich Summe von fast 50 Millionen Euro an nicht bezahlten Sozialversicherungen und ungefähr 15 Millionen Euro an Steuern, die dem Staat entgehen. Die österreichische Wirtschaft spart sich also auf Kosten der Steuerzahler durch die illegale Beschäftigung von Asylwerbern ca. 65 Millionen Euro jährlich.

Gleichzeitig geben Bund und Ländern ungefähr 80 Millionen Euro jährlich für Grundversorgung und Unterbringung dieser Asylwerber aus. Das wäre nicht zu bezahlen, wenn sie legal beschäftigt sind!

Die Betroffenen beklagen sich

nicht. Erstens fürchten sie, dass die Entscheidung in ihrem Verfahren negativ beeinflussen könnte und zweitens bekommen sie auf diese Art ja beides, Grundversorgung und Lohn. Sozialversichert sind sie als Asylwerber ja ohnehin.

Alles in allem kostet die Tatsache, dass Asylwerber in Österreich nicht legal arbeiten dürfen, den Staat daher ungefähr 145 Millionen jährlich. Ab 2004 gerechnet, haben wir Steuerzahler also — auf Grund des Erlasses von Herrn Minister Bartenstein — unsere Wirtschaft mit ziemlich genau 1 Milliarde Euro subventioniert!

Diese Zahlen sind dem Sozialminister, der Finanzministerin, dem Gewerkschaftspräsidenten und auch dem Parteiohnbmann der FPÖ natürlich bekannt. Aber frei nach dem Motto: "Geht's der Wirtschaft gut, geht's den Parteien gut"! Und wie wir auf Grund der Berichte aus den laufenden parlamentarischen Untersuchungsausschüssen vermuten, hat wahrscheinlich niemand von denen ein ehrliches Interesse daran, sich mit den betroffenen Wirtschaftsunternehmen anzulegen.

Wir werden also auch in Zukunft von diesen Politikern zu hören bekommen, dass es für unseren Arbeitsmarkt nicht verkraftbar ist, wenn Asylwerber bei uns legal arbeiten dürfen.

(Norbert Doubek, Asyl in Not)

Private Landräumung

Die Geschehnisse in Jedlersdorf werfen viele Fragen auf

In akin 11/2012 hatten wir noch berichtet, daß die Landbesetzung der Gruppe "SoliLa" (Solidarische Landwirtschaft) in Wien-Jedlersdorf aufrecht sei, bei Auslieferung der Papiausgabe war das aber schon nicht mehr wahr:

Am Donnerstag, den 26.April, wurde die Besetzung gewaltsam geräumt. Ca. 60 mehr oder weniger besetzende Menschen sollen auf der Fläche gewesen sein, als etwa 20 Kräfte der privaten Sicherheitsfirma Hel-Wacht die Räumung auf Anordnung der Universität für Bodenkultur vornehmen wollten. Nach Einschätzung der Situation, dass Securities die Räumung vornehmen dürften, hätten sich die Anwesenden entschlossen, sich mit dem zweiten Projekt der Fläche ("Großstadtgemüse", bisher BOKU-genehmigt) zu solidarisieren und deren Pflanzen und Material hinauszutragen, und anschließend friedlich zu gehen. In der Zeit, in der über die rechtliche Lage beraten

wurde, kam es zu einem ersten Eingriff der Securities, die versuchten, BesetzerInnen von der Fläche zu drängen. Es kam zu einem kleinen Tumult, indem noch niemensch verletzt wurde. Als begonnen wurde, das Eigentum des "Großstadtgemüses" an den Rand der Fläche zu tragen, kam es zu einem gewaltvollen Übergriff der Securities auf einzelne Personen, die scheinbar herausgezogen werden sollten. Dabei wurde z.B. ein Mensch auf den Boden gestoßen und über den Schotterweg gezerrt und seine Arme verdreht. In dem Tumult verletzte sich anscheinend auch einer der Securities am Arm. Andere Securities hielten sich eher am Rande der Geschehnisse und wussten, so wirkte es nach Angaben der BesetzerInnen, anscheinend nicht mit der Situation

Infos: <http://17april.blogspot.eu>

Video eines Teils der Räumung: <http://www.youtube.com/watch?v=qmkRCdsLZHw>

umzugehen. Nach einem weiteren Gerangel beruhigte sich die Situation wieder und nach und nach wurden die Pflanzen und Gerätschaften des "Großstadtgemüses" von BesetzerInnen weggetragen. Daraufhin gingen die Verbliebenen geschlossen vom Gelände. Die anwesende Polizei sah währenddessen nur zu.

Nach Rechtsansicht der BesetzerInnen waren sowohl die Gewaltanwendung durch die Angehörigen der privaten Sicherheitsfirma als auch das Nichteinschreiten der Polizei dagegen rechtswidrig und sie wollen rechtlich dagegen vorgehen. Daher bitten sie um Beweismaterial und Gedächtnisprotokolle. Kontakt: rotkraut@riseup.net

Umgekehrt sollen von der BOKU bereits Besitzstörungsklagen gegen einzelne Menschen eingebracht worden sein, deren Daten in den Tagen vor der Räumung aufgenommen worden waren.

Mittlerweile wurde aber auch bekannt, daß auf dem Gelände nach wie vor ein Versuch der BOKU mit genetisch verändertem Steinobst läuft. Dies könnte, so war aus BesetzerInnen-Kreisen zu hören, der eigentliche Grund für die rasche Räumung gewesen sein. Immerhin könnte die Befürchtung gewesen sein, daß die BesetzerInnen festgestellt hätten, daß Biolandbau in unmittelbarer Nachbarschaft zu transgenen Pflanzen nicht möglich ist, und sie daraus für die Obstbäume unangenehme Konsequenzen hätten ziehen können.

Die BesetzerInnen fordern weiterhin den Erhalt von und den offenen Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen in Wien und zugleich Mitbestimmung und -gestaltung. Denn es gäbe ein großes Bedürfnis in der Bevölkerung nach solidarischer und zukunftswürdiger Landbewirtschaftung:

"Wir kämpfen gegen die bloße Monokultur des Wohnbaus, sowie gegen die Monokultur in der Landwirtschaft. Dass diese Bodenmonokultur immer weiter vorangetrieben wird, ist tragisch und verantwortungslos." (akin)

Kommentar

Der Trend hin zum Einsatz von privaten Wachleuten selbst bei Räumungen ist bedenklich — Ähnliches haben wir letztes Jahr am Augartenspitz erlebt. Die rechtliche Situation ist nach wie vor unklar: In Notsituationen dürfen Privatsheriffs zum Schutz des Eigentums ihrer Auftraggeber Gewalt anwenden. Wie weit das aber gehen darf und inwieweit das nach Eintreffen der Polizei überhaupt rechtens ist, dürfte wohl immer noch nicht völlig ausjudiziert sein. Auch bedenklich ist der Hang zu zivilrechtlichen Klagen wie zuletzt bei der Besetzung des Büros des grünen Landesrates Anshober. An die Stelle der klassischen Kriminalisierung per Straf- und Verwaltungsstrafrecht und dem Einsatz von Polizei treten nun ihre privaten, zivilrechtlichen Pendanten — eine Entwicklung, die im Trend der Privatisierung der Gesellschaft und der Übergabe der Macht an nichtstaatliche Institutionen zu betrachten ist.

Allerdings ist auch diese Besetzungsklage zu kritisieren — denn der ideologische Hintergrund macht mir etwas zu schaffen. Obwohl es mir sympathisch ist, Raum zu okkupieren, und ihn einer öffentlichen Nutzung zugänglich zu machen, stellt sich die Frage, was die Konsequenz aus den sehr speziellen Forderungen dieser Aktion ist. Denn der Protest gegen eine Monokultur des Wohnbaus ist

zwar sicher angebracht — ausgesprochene Schlafstädte sind kulturelle Einöden und soziale Sprengsätze —, so ist eine Durchmischung ausgerechnet mit Agrarkultur völliger Unsinn. Denn Landwirtschaft braucht viel Platz — und der ist in einer Stadt, die als solche funktionieren soll, sehr knapp. Die wenigen Grünflächen, die hier vorhanden sind, sollten als Nah- und Nächsterholungsgebiete genutzt werden — Salathäuptln würden das nicht möglich machen. Was stellen sich die SoliLas da so vor? Noch stärker zersiedelte Stadtränder als eh schon vorhanden? Oder gar Agrarflächen in Zentrumsnähe? Was wir dann bekämen, wäre etwas, was man kaum mehr als Stadt ansehen könnte, denn das Wesen einer Stadt ist nunmal die dichte Besiedlung. Nur so können die Wege kurz gehalten werden — "Städte" der langen Wege kennen wir so manche beispielsweise in den USA; Vorstädte, wo jeder sein Häusl mit viel Grün rundherum hat, und ein Leben ohne Auto einfach nicht mehr denkbar ist!

Ehrlich: Ich bin ein begeisterter Städter, weil in diesem Ballungsraum Wien rund 2 Millionen Menschen leben und dennoch ich fast jeden meiner verstreut lebenden Bekannten, Freunde und Kunden ohne große Anstrengung mit dem Fahrrad erreichen kann. In diesem kleinen Gebiet leben mehr Menschen als in NÖ und ich bin auch froh, daß mir die Stadtluft zu einer gewissen Freiheit verhilft — und die große Bauernpartei hier kein Leiberl hat. Daher eine große Bitte an SoliLa: Macht eure agrokulturellen Provokationen von mir aus auch in der Stadt, aber verbreitet keine antiurbanen Vorstellungen...

Bernhard Redl

Hanfdemo und Bierflaschmob

Am 5. Mai war ein selbstbewußter Drogengebrauchstag. Zuerst kam es zum schon traditionellen Hanfwandertag durch Wien. Und danach ab zum Flashmob am Stephansplatz — ein Bierflaschmob quasi, weil sich dort jene "Prostbürger" trafen, die Ursula Stenzel indirekt zusammengerufen hatte. Die Bezirksvorsteherin der Wiener Innenstadt hatte nämlich aus Anlaß der Ausdehnung des Grazer Verbots des öffentlichen Alkoholtrinkens wieder einmal ähnliches für Wien gefor-

dert — wenn möglich gleich für das ganze Stadtgebiet. Mit Ausnahme der Schanigärten natürlich...

Binnen 24 Stunden fanden sich unter anderem via Facebook mehrere Hundert an Menschen, die nicht einsehen, daß die notorische Verbotspolitikerin wieder einmal unwidersprochen die weitere Regelementierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes fördern darf. Punkt 20 Uhr wurden vor dem Stephansdom die Biere ausgepackt und demonstrativ getrunken....

<https://www.facebook.com/events/385823814803651>

<http://derstandard.at/1334796879791>

Stadtgeschichte:

Naschmarkt-Mutationen

Über den verantwortungslosen Umgang mit Wiens architektonischem Erbe

Seit 43 Jahren wohne ich an der Linken Wienzeile – direkt beim Naschmarkt. Als ich als Kind hergezogen bin, war er noch weit größer als er jetzt ist: Damals erstreckten sich die Stände in vier Reihen von der Sezession bis zur Joannellgasse, daran schloss der "Landparteienplatz" vulgo Bauernmarkt an. Auch in den Geschäftslökalen der umliegenden Häuser hatten sich zahlreiche Obst- und Gemüsegroßhändler angesiedelt.

1972 wurde der Großmarkt jedoch nach Inzersdorf abgesiedelt – und auch der restliche Teil des Naschmarktes sollte nach dem Willen der autofreundlichen Kommunalpolitiker verschwinden: Anstelle des Marktes war eine sechsspurige Stadtautobahn durch das Wiental geplant. Diese sollte dann nach Karlsplatz und Heumarkt auch gleich noch Stadtpark und Augarten durchqueren. Eine wahrlich durchschlagende städtebauliche Großleistung!

Vom Naschmarkt wären nach diesen Plänen lediglich drei Blumenstände beim Theater an der Wien übrig geblieben. Aber nicht nur an Blumengrüße für gefeierte Schauspielerinnen hatten die umsichtigen Stadtplaner gedacht – sie zeigten auch ein Herz für Fußgänger: Für diese waren mehrere Brücken über die Autobahn vorgesehen, damit sie lebenden Fußes vom sechsten in den vierten Bezirk gelangen konnten...

Die Bevölkerung legte sich jedoch undankbarer Weise quer. Die Proteste waren dermaßen massiv, dass die Stadtregierung 1975 ein zehnjähriges Moratorium verkündete – und zehn Jahre später hätten derartige Pläne nur mehr homerisches Gelächter erregt. Zwei Teilstücke des verhinderten Jahrhundertprojektes wurden dennoch verwirklicht: Der autogerecht verschandelte Karls-

platz und (auf intensives Betreiben des damaligen Bautenministers Sekanina) der Torso Brigittener Brücke.

Aber auch am Naschmarkt waren die treu sorgenden Stadtväter trotz ihrer herben Niederlage nicht untätig: Die historischen Marktstände auf dem heutigen Flohmarktgelände wurden geschleift: Hier sollte ein 158 Meter langes mehrstöckiges Parkhaus errichtet werden. Aber auch dieses zukunftssträchtige Bauwerk wurde letztendlich nicht gebaut.

Zum Ausgleich wurde dann ein großer Teil der beiden am Rand des Marktes gelegenen Standreihen von Baggern demoliert, um dort kostbare Parkplätze freizulegen. Ironie des Schicksals: Jahrzehnte später wurde an der Linken Wienzeile der mühsam gewonnene Parkraum gastronomischen Glaskobeln geopfert. Dies hat sich auch bitter gerächt: Die hochmotorisierten Gäste dieser Bobo-Aquarien müssen nun viel Zeit investieren, um ihre imposanten Geländefahrzeuge in Sichtweite parken zu können.

Die nicht minder imposanten Entlüftungsanlagen auf den Flachdächern dieser (oft unter höchst undurchsichtigen Umständen vergebenen) gastronomischen Goldgruben setzen einen höchst aparten Gegenakzent zu den das Bild des Marktes prägenden Tonnen- und Kuppeldächern. Die logische Fortsetzung eines richtungsweisenden Trends aus den Achtziger-Jahren: Damals wurden etliche der alten Stände warm abgetragen, um sie in flachbedachter Billigbauweise neu errichten zu können.

Nach einer Generalsanierung in den Neunziger-Jahren blühte der Markt zusehends auf. Die meisten der Stände waren mittlerweile von Einwandererfamilien übernommen worden. Allerdings mussten in der Folge immer mehr traditionelle Vik-

tualienstände weitaus gewinnträchtigeren Gastronomiebetrieben weichen. Heute besteht der Markt zu einem guten Drittel aus derartigen Lokalen und auch viele der verbliebenen Stände verfügen über mehr oder weniger große Imbiss-Bereiche.

Der größte Anschlag auf den Markt seit den unseligen Autobahnplänen erfolgte im Jahr 2005. Die SP-Bezirksvorsteherin Kaufmann beschloss unmittelbar nach gewonnener Wahl mit Hilfe von VP und FP, ein mehr als zwanzig Jahre altes Grotten-Projekt wiederzubeleben: Die Errichtung einer riesigen Tiefgarage für fast 400 Autos in der Wienfluss-Einwölbung unter dem Markt. Vier gewaltige Ein- und Ausfahrtsrampen hätten für die Immofinanz-Tochter WIPARK am und beim Markt errichtet werden sollen. Entlang der Linken Wienzeile waren neun Belüftungstürme geplant, durch welche die Abgase der Garage in den Markt geblasen worden wären.

An der Durchkreuzung dieser tief-fliegenden Pläne war ich nicht ganz unmaßgeblich beteiligt. Unter anderem organisierte ich ein Prominentenkomitee, in dem über fünfzig bekannte Persönlichkeiten gegen die Garage Stellung bezogen – von Franzobel und Josef Hader bis zu Erika Pluhar und Robert Menasse. Die schwer verärgerte Bezirkspolitikerin drohte mir mit einer Klage und bezeichnete mich öffentlich als "armen, oft von grenzenlosem Hass getriebenen Teufel". Umsonst: Sie musste ihr unrühmliches Projekt im Jänner 2009 auf Weisung von oben abblasen – aus "technischen Gründen"...

Technische Gründe wurden auch für die brutale Demolierung der Jugendstil-Kandelaber zu beiden Seiten des Naschmarkts ins Treffen geführt: So wie schon am Ring wurden statt der schön verzierten Kulturdenkmäler kanalrohrartige Masten aufgestellt, die für die MA 33 den unschätzbaren Vorteil haben, von oben bis unten mit lukrativen Plakataflächen verziert werden zu können. Das historische Erscheinungsbild des Marktes wurde durch diese unsensible Vorgangsweise stark in Mitleidenschaft gezogen. Und trotz heftigster Kritik von Bundesdenkmalamt, Kunsthistorikern und Medien setzten die städtischen Kulturbau-

sen ihr Zerstörungswerk völlig unbeeindruckt an den Kandelabern am Flohmarktgelände fort.

Aber das einstmals weltstädtische Flair wird nicht nur durch rohe Eingriffe am Marktgebiet selbst systematisch ruiniert – auch in seinem Umfeld sorgen schwere Bausünden für die nachhaltige Verunstaltung des historischen Ambientes. Zwar konnte ich gemeinsam mit vielen anderen engagierten Anrainern die Errichtung eines Hochhauses durch die BAI Bauträger Austria Immobilien GmbH hinter der U4-Station Kettenbrückengasse vorläu-

fig verhindern. Aber etliche monströse Dachaufbauten entlang des Marktes wurden vom hohen Magistrat anstandslos genehmigt.

Zur Zeit präsentiert sich der Naschmarkt als riesige Baustelle. Die neuerliche Generalsanierung wird zwar zu einer spürbaren Verbesserung der Infrastruktur führen, für das ästhetische Erscheinungsbild des Marktes ist aber leider nicht viel Gutes zu erwarten. So soll die weiterhin sichtbare Einzäunung des neuen Müllplatzes mit völlig unpassendem Industrie-Lochblech ausgeführt werden: Hauptsache billig. Und schon

jetzt wird der Markt von zahlreichen neuen Plakatflächen auf Lichtmasten und Schaltkästen gesäumt. Aber dort läßt sich ja auch trefflich plakatieren: "Wien ist anders."

Richard Weihs

R. W. war in den frühen 1980er-Jahren Mariahilfs erster alternativer Bezirksrat. Von 2000 bis zu seinem Parteiausschluss im Jahr 2010 war er Bezirksrat der Wiener Grünen.

Leserbrief:

In akin 11/2012 debattierten Ilse Grusch und Bernhard Redl über die Ausstellung "Besetzt!" im Wien-Museum:

Antiquierter Museumsbegriff

Lieber Freund Bernhard, Es ist dir ungenommen die Ausstellung Besetzt auch ungesehen nicht zu mögen. Daran möchte ich nicht rütteln, aber vielleicht darf ich dir zwei Fragen stellen und vielleicht hast du Lust darüber nachzudenken.

1. Ist es möglich, dass du die Wiener Stadtverwaltung als zu monolithen Block siehst, der alle seine Entscheidungen und Aktivitäten einig und geschlossen durchzieht, auf einander abstimmt und in dem es keine Spannungen und unterschiedlichen Ausfassungen gibt? In dem also z.Bsp. der Kulturstadtrat alle seine Schritte und Handlungen in Absprache mit der Finanzstadträtin tätigt usw. usf. In dem es nicht passieren kann, dass im Bereich des Kulturstadtrates und mit Finanzierung durch die Stadt etwas geschieht dass der allgemeinen Linie der Mächtigen in der Stadt



etwas widerspricht und damit auch für weniger Mächtige eine kleine Hilfestellung sein kann.

2. Kann es sein, Bernhard, dass dein Museumsbegriff etwas antiquiert ist? Dass du übersiehst, dass manche Museumsdirektoren und Ausstellungsmacher ihre Aufgabe längst nicht mehr darin sehen Dinge, die aus und vorbei sind, zu zeigen. Und dass der Wolfgang Kos so einer ist? Was dazu geführt hat, dass im Wien Museum schon seit längerem mit Ausstellungen eine Brücke aus der Geschichte in die Gegenwart geschlagen wird. Oder das zumindest versucht wird. So wie zuletzt mit der Soliman-Ausstellung, die vom Hofmohren im Kaiserlichen Wien zur Lebenssituation von AfrikanerInnen im Wien heute führt. Die Ausstellungsmacherin Martina Nußbaumer, die mich für die Besetzt-Ausstellung interviewt hat, hat meiner Meinung nach genau diesen Ansatz. Ob es gelungen ist, weiß ich noch nicht, weil ich auch noch nicht dort war — ich gehe demnächst.

Aber schon jetzt habe ich von den Mitarbeiterinnen des Amerlinghaus gehört, dass sie in dieser Ausstellung, in der ihr Haus prominent vorkommt, eine große Hilfe im Kampf um die weitere Finanzierung ihrer Einrichtung durch die Gemeinde sehen.

Herbert Sburny (Veteran)

Internationale Mobilisierungen der antirassistischen Bewegung in den nächsten Wochen und Monaten:

Vom 9. bis 11. Mai in Berlin - Aktionstage gegen die Abschiebe-Kollaboration verschiedener Botschaften mit Schwerpunkt auf Nigeria und die Frontex-koordinierten Charterabschiebungen in dieses Land. Webseite: <http://thevoiceforum.org>, Kontakt: the-voice_bd@yaho.de

Vom 1. bis 22. Juli zwischen Sizilien und Tunesien - Boats4People ? euro-afrikanisches Projekt mit Protestaktionen in mehreren (Hafen-)Städten, von Palermo in Sizilien, über Tunis, Monastir und Sfax in Tunesien bis nach Lampedusa... Webseiten: www.boats4people.org und http://www.afrique-europe-interact.net/?article_id=544&clang=0 ; Kontakt: choucha-appell@antira.info

Vom 13. bis 22. Juli in Köln/Düsseldorf - Nobordercamp 2012 mit einem Aktionsschwerpunkt zum Abschiebeflughafen Düsseldorf, Webseite: <http://noborder.antira.info/de>, Kontakt: noborder-cologne2012@riseup.net

Ab 23. August in Thüringen - Break-Isolation-Camp gegen Lager und Residenzpflicht -

Webseiten: <http://breakisolation.blogspot.de/>; <http://thevoiceforum.org>, Kontakt: thevoiceforum@emdash.org

Nachstehender Text war eigentlich als eine ganz normale Rezension gedacht. Da aber die Besprechung eine manifeste historisch-politische Kritik enthält, auch die Herausgeberin des besprochenen Buches diesen Text vor Abdruck bereits lesen konnte und unbedingt wollte, daß ihre Stellungnahme dazu auch veröffentlicht wird, rutschte das ganze in das Ressort "Debatten" und ihr könnt hier jetzt beide Sichtweisen lesen:

Respekt, aber auch Mitleid

Sonja Frank (Hg.):
YOUNG AUSTRIA.
ÖsterreicherInnen im Britischen Exil
1938 - 1947.
Wien 2012

Der Verlag des ÖGB hat eine Dokumentation über das Leben von 81 Österreicher_innen herausgebracht, die 1938/39 als Kinder oder Jugendliche in Großbritannien Zuflucht und Schutz fanden und im Verein YOUNG AUSTRIA organisiert waren.

Von Dezember 1938 bis September 1939 wurden 2.143 "jüdische" Kinder aus Wien in Großbritannien aufgenommen [S. 29]. ca. 1/5 der Interviewten geben an, mit einem Kindertransport nach England gekommen zu sein, viele andere als Dienstmädchen, Krankenschwesternschülerinnen, Näherinnen und zu anderen Dienstleistungen, als Anlernlinge oder Landarbeiter. Die Meisten, ca. 90 %, sahen ihre Eltern nie wieder.

Manche waren in elenden Verhältnissen aufgewachsen, manche in gutbürgerlichen Familien, manche in Familien von Kleingewerbe-Treibenden.

Einige der Interviewten waren vor ihrer Flucht bei der linkszionistischen Hashomer Hatzair oder anderen zionistischen Jugendgruppen, viele bei den Kinderfreunden, den Roten Falken, der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, dem Verband Sozialistischer Mittelschüler, den Wehrsportlern im Republikanischen Schutzbund oder im (KPÖ-nahen) Antifaschistischen Mittelschülerbund, im Kommunistischen Jugend-Verband, der Kommunistischen Partei Österreichs, andere waren

"politisch völlig unblemmt" [Ernst Fettner S. 135]; einige Interbrigadist_inn_en kamen nach der Niederlage der spanischen Republik nach England [S. 469].

YOUNG AUSTRIA wurde 1939 in London von überwiegend schon im faschistischen Ständestaat in den Reihen des illegalen Kommunistischen Jugendverbandes aktiven Jugendlichen gegründet, um diese heimatlos gewordenen zu organisieren. Mit Volkstanz, Schuhplatteln in Lederhose und Dirndl, mit Wiener Küche und Johann

Nestroy schufen sie ein "home away from home" [241], ein Stück Österreich in der Fremde und haben damit die britische Politik beeinflusst und mitgewirkt am Zustandekommen der Moskauer Deklaration. [S. Frank referiert auf S. 20 Marietta Bearman u. a.: Wien - London, hin und retour:

Das Austrian Centre in London 1939-1947, Czernin Verlag Wien 2004].

Gleichzeitig studierten sie den Marxismus-Leninismus: "Die Juden hatten die Torah, die Muslime den heiligen Koran, die Katholiken den Katechismus: Unser Buch war die Geschichte der KP der Sowjetunion (Bolschewiki), publiziert in Moskau ..." [Max Schneider, S. 348].

So erscheint die Politik der KPÖ im Exil doppelzünftig: "Das eine war der legale, der gemeldete Verein Young Austria, und das andere war der illegale kommunistische Jugendverband Österreichs und die KP." "Das Auftreten nach außen war vom Young Austria und vom Austrian Centre auf einer Linie des Pazifismus ... weil ... wir möglichst ruhig durchtauchen wollten. [Herbert Grossmann, S. 186 und 188]. Ludwig Grossmann "... beteiligte sich ... an Young-Austria-Aktivitäten und arbeitet parallel im Sinne der KP ..." [205]. Young Austria war "sozusagen die Tarnorganisation des österreichischen Kommunistischen Jugendverbandes" [Ilse Aschner, S. 55], weil Ausländer_inne_n politische Aktivitäten, besonders während des Kriegs, verboten waren.

Es ist begreiflich, dass die Young Aus-

trians (und ihre älteren Genoss_inn_en), allein, entwurzelt, verunsichert nach den Erlebnissen des Terrors der "Reichskristallnacht", in Sorge um ihre im "Reich" zurück gelassenen Verwandten und Freunde Halt und ein warmes Nest gesucht haben in den Heimabenden, wo sie Schicksalsgenoss_inn_en treffen und neue Freundschaften (und Liebschaften) finden konnten, und dass sie sich Hoffnungen und auch Illusionen gemacht haben — ca. 3/4 der Interviewten sind nach 1945, der KP-Linie folgend, nach Österreich zurückgekehrt.

Sie sind einer Fehleinschätzung zum Opfer gefallen resp. haben sich selbst in die eigene Tasche gelogen, "dass ein freies und demokratisches ... Österreich ... Ziel und Wunsch jedes Österreicherers ist ..., dass die Österreicher in der Heimat in einem erbitterten Kampf gegen die Fremdherrschaft des Nazi-Faschismus stehen" [Deklaration des Free Austrian Movement vom Dez. 1941, abgedruckt auf S. 36; "Die 'Österreichische Freiheitsfront' wird dauernd stärker ..." Grußbotschaft von Young Austria 1943 [S. 140] (dabei haben sie behauptet, auf der Basis einer wissenschaftlichen Welterkenntnis zu stehen). Sie nahmen nicht zur Kenntnis, "dass es mit dem Widerstand in Österreich nicht ganz so war wie es unsere Propaganda darstellte" [Siegfried Gruber referiert im Interview 2011 eine Information von Gwen Graber 1944, S. 44].

Um so größer muss die Enttäuschung nach der Rückkehr gewesen sein, dass sie, wenn sie die "arisierten" Wohnungen ihrer Eltern zurück haben wollten, nicht mit offenen Armen begrüßt wurden. Verständlich, dass sie unter sich blieben. Den Antisemitismus in der eigenen Partei wollten die Linientreuen nicht bemerken; (wohl aber ein "Abtrünniger": "... erlebte ... in der kommunistischen Betriebsorganisation offenen Antisemitismus ...": "Noch ana, der ihnen (den Nazis) durch den Rost gefallen ist " "Schade, dass es keine Juden mehr gibt, die da den Schnee wegschaufeln" [Wien 1946 - 57; S. 261]. Anscheinend noch immer verbreitete Vorurteile, dass Juden Ausbeuter sind, verrät Anna Dotter, Funktionärin des Gewerkschaftlichen Linksblocks: "Wir sind jüdischer



Abstammung, aber meine Eltern waren beide Arbeiter." [S. 113]

Sie hatten "für ein freies, unabhängiges und demokratisches Österreich" gekämpft. Dass ihre "Demokratie" letztlich etwas wie Volksdemokratie bedeutet hat und von der Mehrheit der Österreicher_innen abgelehnt wurde, sahen viele erst langsam ein.

Verständlich, dass sie während des Kalten Kriegs die, die von der Parteilinie abwichen, als Renegat_inn_en ansahen.

Für manche ist der Kalte Krieg noch nicht vorbei: z. B. Edith West: "... ich stehe noch immer zu meinen kommunistischen Idealen." [S. 444].

"Eigentlich wurde mir erst in Wien bewusst, dass im Young Austria hauptsächlich Kommunisten aktiv waren. Der Slanski-Prozess in der CSSR 1952 hat meinen Glauben daran, dass die Kommunisten die gerechteren Ideen vertreten, sehr erschüttert. Deshalb zog ich mich ... zurück." [Franzi Heidenreich S. 238]

Erich Fried ist schon 1943 aus dem KJV ausgetreten [S. 163]. Andere verließen die KPÖ 1956 [z. B. David Stern, S. 408], viele 1968/69.

Meistens fassen die Verfasser_innen der einzelnen Biografien den Inhalt der Interviews in eigenen Worten zusammen. Ich finde es sympathisch, dass Sonja Frank sehr persönlich schreibt und nicht pseudo-wissenschaftlich distanziert. Allerdings enthüllt sie damit eine Meinung, die ich nicht unwidersprochen stehen lassen will. Wenn sie schreibt: er "blieb seiner Überzeugung treu" - heißt das, die aus der KPÖ früher oder später austraten, haben ihre Überzeugung verraten? Oder: "... wurde ... 1969 ... aus der Partei gedrängt. Er blieb trotzdem den sozialen und humanistischen Werten der Arbeiterbewegung verbunden ..." - welchen sozialen und humanistischen Werten sind die in der Partei gebliebenen Alt-Stalinisten verbunden?

Das Buch ist ein wertvoller Beitrag zu einer Geschichte von unten, einer Geschichte der "kleinen Leute", an etlichen Stellen aber ein unkritisches Helden-Epos. Ich finde, die Young Austrians sind durch Elend und Terror alle mehr oder weniger beschädigt; sie haben sich in ihrer Not und Verzweif-

lung einem Menschenfresser anvertraut und gehofft, er wird sie beschützen - wir (die Nachfahren) sollten sie nicht auf einen Denkmal-Sockel stellen, sondern Mitleid mit ihnen haben und Respekt, beides - nicht entweder/oder.

Eindrucksvoll war die Präsentation des Buches in der Volkshochschule Hietzing - die AkIn haben dazu eingeladen - gleichzeitig mit der Eröffnung einer Ausstellung von Fotos und Dokumenten zur Geschichte von Young Austria, wo am Ende 2 - 3 Dutzend ehemalige Jugendliche, zum Teil auf einen Stock gestützt oder im Rollstuhl auf der Bühne die Erinnerung an ihren gemeinsamen Kampf feierten.

Liesl Fritsch

Stellungnahme der Herausgeberin

Die Leistungen von Young Austria in den Vordergrund zu stellen, wenn es um Young Austria geht, ist wohl logisch, sonst hätte ich ein anderes Buch herausgegeben.

Es ist gut, wenn ein Buch nicht gleichgültig lässt. Geschichte, die von Generation zu Generation weitergegeben werden soll, ist wichtig, da sie nicht nur Geschichte ist, sondern unser Leben betrifft und eben bis heute und auf nächste Generationen nachwirkt.

Unterschiedlichsten Meinungen hörte ich bis heute: Danielle Spera (Direktorin des Jüdischen Museums) und Peter Ebner (Sohn von Hugo Ebner): "Ein Juwel und ein wichtiges Buch", Ernst Fettner (Young Austrian): "Interessant, gute Gestaltung, schöne Bilder und mir gefällt, dass auch Humor gezeigt wurde" und meine Mutter: "So leidvolle Geschichten". Ingrid Dimai (Mitarbeiterin bei Übersetzungen und Lektorat): "Berührende und spannende Geschichten" und Franzi Heidenreich auch Young Austrian: "Endlich wurde gezeigt, dass es sinnvoll war, dass wir

heimgekehrt sind, denn wir und nachfolgende Generationen nützen Österreich und wirken bis heute gegen den Faschismus". Erich Herzl (Young Austrian und Initiator der Buches):

"Umwerfende Zusammenstellung und es sollte auch einmal eine englische Übersetzung geben".

Liesl Fritsch' Rezension fehlen entscheidende Erkenntnisse und viele Zitate wurden aus dem Zusammenhang gerissen. Fakt ist, dass den meisten jüngeren und auch älteren ÖsterreicherInnen der antifaschistische Widerstand in Großbritannien unbekannt ist. Ein politisch heterogener MitarbeiterInnenkreis hat zu der Dokumentation beigetragen, die AntifaschistInnen würdigt. Geschichten werden vor allem mit Bildern vergegenwärtigt.

An der Ideologie von Young Austria und an der Nachkriegspolitik der KPÖ Kritik zu üben, ist zulässig, aber die Achtung vor jenen zu schmälern, die ihr gesamtes Leben in den Dienst jener Ideale gestellt und oft ihr Leben im Kampf gegen die Naziwehrmacht riskiert haben, ist unverständlich.

Könnten wir die Biografien ausführlicher fassen, wären Handlungsweisen einzelner Personen begreiflicher. Darüber ein abschließendes Urteil abzugeben, möchte ich mir als Angehörige der dritten Generation nicht anmaßen, sondern finde, wir können uns der Wahrheit der Geschichten nur annähern. Meine Erfahrung aus der Dokumentation zeigte mir folgendes: Je länger Young Austrians und andere Zeitgenossen schon in der Illegalität (Austrofaschismus) mitgewirkt hatten, umso größer war die politische KP-Bindung und später wurde die KP als die antifaschistischste Kraft betrachtet.

Das vorliegende Buch bietet wohl aufgrund erstmals gesammelten präsentierten Materials einen Anstoß für weitere Forschungen und Analysen. Gewöhnlich wird der zweite Schritt nicht vor dem ersten getan.

Wie man sieht, lässt das Buch mit 76 Lebensgeschichten, allgemeinen Themen und 808 Abbildungen eigene unterschiedliche Meinungen zu.

Sonja Frank

Satzung der Piratenpartei Österreichs

Präambel

Die Piratenpartei Österreichs versteht sich als modern ausgerichtete, basisdemokratische Partei, die im Zeitalter der Information und des Wissens Fragestellungen aus dem humanistischen Blickwinkel angehen und unter Wahrung der sozialen Gerechtigkeit sowie der Freiheit des Einzelnen sinnvolle Strategien anbieten will. Es ist das erklärte Ziel der Piratenpartei Österreichs, den verschiedenen Kulturen, Ländern und Menschen Europas als Sprachrohr und politische Plattform zu dienen, um somit eine Grundlage zum Aufbau einer neuen, gerechten, direkten und basisorientierten Demokratie zu schaffen. Die Piraten bekennen sich zu Freiheit, Frieden, Emanzipation, Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit und zu den Werten der Demokratie. Sie beurteilen andere nicht nach Staatsangehörigkeit, Stand, Herkunft, Geschlecht, religiösem Bekenntnis, ethnischer Zugehörigkeit oder sexueller Orientierung. Besondere Anliegen sind das uneingeschränkte Recht auf informationelle Selbstbestimmung und der Vorrang der Idee vor dem politischen Tagesgeschäft.

§ 1. Partei

(1) Die "Piratenpartei Österreichs", Kurzbezeichnung "Piratenpartei", Abkürzung "PPÖ", ist eine politische Partei im Sinne des österreichischen Parteiengesetzes.
 (2) Sie nimmt an der politischen Willensbildung teil.

§ 2. Ziele

Ziel der PPÖ ist die Sicherung, Verteidigung und Ausbau individueller Freiheit, der Menschenrechte und der Demokratie, unter besonderer Berücksichtigung der Chancen und Gefahren gegenwärtiger und zukünftiger Technologien.

§ 3. Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1) Alle Mitglieder haben innerparteilich Antragsrecht gegenüber allen Organen. Sie haben das Recht auf umfassende innerparteiliche Information und Teilhabe an der innerparteilichen Diskussion. Sie haben das Recht, die Interessen der Partei im Rahmen dieser Satzung sowie der Geschäftsordnungen und Beschlüsse zu unterstützen.
 (2) Alle Vollmitglieder haben innerparteilich passives Wahlrecht, allenfalls durch Geschäftsfähigkeitserfordernisse nach österreichischem Recht eingeschränkt. Sie haben Stimmrecht in der Bundesgeneralversammlung (BGV), dem Landesparteitag (LPT) der Landesorganisation (LO), welcher sie sich ggf. zuordnen, und den entsprechenden Wahlversammlungen und Generalversammlungen untergelegter Ebenen. Diese Rechte verfallen für die Dauer der nicht rechtzeitigen Beitragsentrichtung.
 (3) Ein Nichttätigwerden von Parteiorganen hinsichtlich der Mitgliedererfordernisse und von Organen getätigte falsche Zuordnungen können den Mitgliedern bezüglich ihres Stimmrechts auf Mitgliederversammlungen nicht zur Last gelegt werden. Betroffene Mitglieder haben das Recht auf Korrektur vor Ort.
 (4) Der Betrag offener Mitgliedsbeiträge richtet sich für jedes Halbjahr nach der jeweils letzten Beschlusslage. Wurde im betreffenden Halbjahr der Mitgliedsbeitrag rechtzeitig entsprechend Höhe vor einem neuen Beschluss geleistet, so bestehen für dieses Halbjahr keine Forderungen der Par-

tei.

(5) Alle Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen der Partei zu fördern, die Beschlüsse der Partei einzuhalten und ihren Mitgliedsbeitrag in der beschlossenen Höhe zu entrichten. Sinkt der Mitgliedsbeitrag, so sind darüber hinausgehende Vorauszahlungen bei der nächsten Verrechnung gutzuschreiben.
 (6) Bei Wechsel der LO, Wahlkörper etc. wird das aktive Wahlrecht auf dieser und untergeordneten Ebenen für 3 Monate ausgesetzt. Das passive Wahlrecht kann voll ausgeübt werden.
 (7) Eine die Mitgliedsrechte gewährleistende Infrastruktur hat zu existieren. Obsolet werdende Datensatzteile sind unverzüglich zu löschen.
 (8) Alle Mitglieder schulden einander die Anerkennung als gleiche.

§ 4. Mitgliedsarten, Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft

(1) Jede natürliche Person kann Vollmitglied werden, bedarfsfalls mit Zustimmung durch den gesetzlichen Vormund.
 (2) Fördermitglieder unterstützen die Partei finanziell.
 (3) Die Aufnahme erfolgt durch den Bundesvorstand (BV).
 (4) Die Mitgliedschaft ist für Personen ausgeschlossen, die politischen Parteien oder Gruppierungen angehören, deren Ziele oder Grundsätze denen der Piratenpartei zuwiderlaufen. Ferner kann ein vorheriger Ausschluss ein Grund für Nichtaufnahme sein.
 (5) Personen können durch Beschluss der BGV zum Ehrenmitglied ernannt werden. Ein allenfalls bestehender Mitgliedsstatus bleibt aufrecht.
 (6) Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt, Streichung oder Ausschluss.
 (7) Die Streichung kann nach mehr als zweijähriger Nichtzahlung des Mitgliedsbeitrages trotz wiederholter Aufforderung durch die Bundesgeschäftsführung (BGF) erfolgen.
 (8) Über Ausschluss entscheidet der Erweiterte Bundesvorstand (EBV) begründet mit Mehrheit von 67% seiner Stimmrechte. Eine Berufung an das Schiedsgericht (SG) ist möglich. Ausschlussgründe sind das Tatbild nach § 3. Abs. 3, parteischädigendes Verhalten und grobe Missachtung von Beschlüssen.

§ 5. Organe

(1) Organe der Partei sind: Bundesgeneralversammlung (BGV), Bundesvorstand (BV), Länderrat (LR), Erweiterter Bundesvorstand (EBV), Bundesgeschäftsführung (BGF), Schiedsgericht (SG), Landesparteitage (LPTs), Landesgeschäftsführungen (LGFs), Rechnungsprüfung (RP), Landesvorstände (LVs), ferner bei Bestehen der jeweiligen Einheiten im jeweiligen Bereich Bezirks- und Stadtgeneralversammlungen (BezGVs und StGVs) sowie Bezirks- und Stadtgeschäftsführungen (BezGFs und StGFs).
 (2) Die Länder-GOs können im Rahmen der Bundes-GO weitere Organe vorsehen.
 (3) Sitzungen von BV, LR, EBV, BGF, SG und LVs sollen vorzugsweise persönlich stattfinden. Teilnahme via avancierter Kommunikationstechnologie ist jedoch möglich. Selbiges gilt für gleichzuhaltende Organe der LOs.
 (4) BV, BGF, SG und RP werden von der BGV für eine Wahlperiode gewählt und bleiben jedenfalls bis zu einer gültigen Neuwahl iS dieser Satzung bestehen.
 (5) Eine Wahlperiode dauert jeweils von der ersten Generalversammlung eines Geschäftsjahres bis zur ersten des folgenden Geschäftsjahres.

§ 6. Allgemeine Regelungen

(1) "Ja" und "Nein" sind gültige Stimmen bei Abstimmungen. Stimmenthaltungen werden zusätzlich protokolliert. Sofern diese Satzung und die GOs nicht anderes bestimmen, werden Beschlüsse mit einfacher Mehrheit getroffen. Übersteigt die Zahl der Enthaltungen die der gültigen Stimmen, so gibt es kein Abstimmungsergebnis.
 (2) Alle Mitglieder und Organe sind an die Satzung, Geschäftsordnungen und Beschlüsse gebunden.
 (3) Wahlvorschläge werden von Mitgliederversammlungen der jeweiligen Wahlkörper erstellt, sofern diese nicht mit der jeweiligen Generalversammlung ident sind. Gibt es im Gebiet eines Wahlkörpers kein Mitglied oder werden sie nicht rechtzeitig gewählt, so werden sie von der übergeordneten Versammlung gewählt.
 (4) Vertritt ein organschaftlicher Vertreter oder gewählter Mandatar nach außen eine von der Beschlusslage abweichende Meinung, hat er darauf und auf die Beschlusslage hinzuweisen.
 (5) Mitglieder werden geschlechtsneutral als "Pirat" bezeichnet.
 (6) Funktionsbezeichnungen sind geschlechtsspezifisch zu verwenden.
 (7) Bei Personenwahlen und geheimen Abstimmungen gilt der Grundsatz der unmittelbaren und geheimen Stimmabgabe.
 (8) Protokolle bedürfen, um gültig zu sein, des Beschlusses des jeweiligen Organs.
 (9) Verweise auf Satzung, GOs und Gesetze sind dynamische Verweise, sofern nicht explizit anders bestimmt und inhaltlich möglich. Im Zweifelsfall entscheidet das SG.
 (10) Bei Identität von Kandidatenzahl und zu wählenden Funktionen wird über diese(n) mit "Ja" und "Nein" abgestimmt, bei zwei Kandidaten für eine Funktion zwischen diesen beiden und der "Nein-Option", bei mehr Kandidaten bzw. bei Listenerstellung optional nach der Schulze-Methode. Der Spitzenkandidat kann gesondert gewählt werden.
 (11) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten für alle Ebenen der Partei.
 (12) Gewählte Mandatäre eines Wahlkörpers sind den Beratungen der zuständigen Organe in geeigneter Form beizuziehen.
 (13) Satzung, Geschäftsordnungen und weitere Beschlüsse können nur geändert werden, indem ihr Wortlaut geändert wird, sie ersetzt oder aufgehoben werden. Innerhalb der jeweiligen Bezugshierarchien sind Ergänzungen zulässig.

§ 7. Geschäftsordnung(en) (GOs)

(1) Geschäftsordnungen auf Bundesebene werden von der BGV mit Mehrheit von mindestens 60% beschlossen oder geändert.
 (2) Die Bundesgeschäftsordnung (BGO) (2) regelt die verwaltungstechnischen und organisatorischen Aspekte der Partei. Sie wird von der BGV oder einem adäquaten Mittel der liquid democracy beschlossen oder geändert.
 (3) BGOs stehen unterhalb der Satzung und dürfen dieser nicht widersprechen und stehen gemeinsam mit dieser über den LGOs und einfachen Beschlüssen.

§ 8. Die Bundesgeneralversammlung (BGV)

(1) Die BGV ist das oberste willensbildende Organ der Gesamtpartei. Sie ist eine Mitgliederversammlung.
 (2) Sie ist beschlussfähig, wenn und solange zumindest 10% der Stimmberechtigten anwesend sind, und ist nach einstündigem Zuwarten bei Anwesenheit von zumindest 5% der Stimmberechtigten und eines BGF-

Mitglieds jedenfalls beschlussfähig. Entschuldigte Stimmberechtigte gelten zur Erreichung der Beschlussfähigkeit als anwesend.

(3) Sie beschließt das Grundsatzprogramm und die Bundes-GOs mit Mehrheit von zumindest 60% der Stimmen, die Satzung mit zumindest 70% der Stimmen.

(4) Sie wählt die bundesweiten Wahlvorschläge und beschließt über: das Parteiprogramm, Fachprogramme und bundesweite Wahlprogramme, inhaltliche Anträge auf Bundesebene, Budgetvoranschlag und Entlastung der BGF. Sie nimmt die Tätigkeitsberichte der Bundesorgane entgegen und wählt in diese entsprechend dieser Satzung; sie kann die von ihr gewählten Mitglieder der Bundesorgane vorzeitig abwählen; sie entscheidet über Wahlplattformen und erteilt Handlungsaufträge an BV, BGF und EBV; sie wählt die Vertreter in den Organisationen, deren Mitglied die PPO ist.

(5) Sie findet zumindest einmal im Kalenderjahr statt und wird von der BGF auf Beschluss des EBV einberufen. Beruft die BGF nicht ein, geht das Recht auf Einberufung auf den LR, hernach auf jede LO, hernach auf zumindest 1% der stimmberechtigten Mitglieder über. Zwischen 2 BGVs dürfen nicht mehr als 21 Monate liegen.

(6) Sie ist jedenfalls auf Verlangen der Rechnungsprüfung in finanziellen Angelegenheiten, auf Verlangen der Mehrheit der LOs und auf Verlangen von zumindest 10% der stimmberechtigten Mitglieder einzuberufen.

(7) Bei Programmbeschlüssen sind Minderheitsmeinungen, auf welche zumindest 10% der Stimmen entfallen, auf Verlangen in den Text aufzunehmen und als solche gesondert auszuweisen.

§ 9. Der Bundesvorstand (BV)

(1) Der BV vertritt die Gesamtpartei politisch nach außen, besorgt das politische Tagesgeschäft und koordiniert diesbezüglich die bundespolitischen Tätigkeiten in der Gesamtpartei. Er begleitet die Programmarbeit.

(2) Er besteht aus dem Bundessprecher und bis zu 6 weiteren Mitgliedern, von denen 1 oder 2 als Stellvertreter des Bundessprechers bestimmt werden. Die BGF und der EBV entsenden zusätzlich je einen Vertreter mit beratender Stimme.

(3) Bei Gesamtausfall des BV bestellt jede Landesorganisation 1 Mitglied des BV. Unter diesen bestellt der EBV die Funktionen nach Abs. 2.

(4) Bei Ausfall eines oder mehrerer Mitglieder wählt der EBV entsprechend der GO einen Ersatz.

(5) Der BV tritt zumindest vierzehntägig zu Sitzungen zusammen. Er ist beschlussfähig, wenn zumindest 30% seiner Mitglieder an der Sitzung teilnehmen.

(6) Der Bundessprecher kommuniziert die Standpunkte der Bundespartei.

§ 10. Die Bundesgeschäftsführung (BGF)

(1) Die BGF vertritt die Partei rechtsgeschäftlich nach außen.

(2) Sie ist mit der Führung der laufenden Geschäfte, wie Finanz – und Mitgliederverwaltung, betraut.

(3) Sie besteht zumindest aus dem Bundesschatzmeister und einem weiteren Mitglied. Der BV entsendet einen Vertreter mit beratender Stimme.

(4) Bei Ausfall eines oder mehrerer Mitglieder wählt der EBV entsprechend der GO einen Ersatz.

(5) Der Bundesschatzmeister ist insbesondere mit der Sicherung ordnungsgemäßer

Finanzabläufe betraut.

(6) Die BGV kann beschließen, dass die BGF mit dem BV ident ist.

§ 11. Der Erweiterte Bundesvorstand (EBV)

(1) Der EBV ist zwischen BGVs das oberste willensbildende Organ der Gesamtpartei.

(2) Er besteht aus den Mitgliedern von BV, LR, BGF und bis zu 5 weiteren von der BGV gewählten Mitgliedern. Ist die BGF personell nicht mit dem BV ident, führen die BGF-Mitglieder, welche nicht aufgrund eines anderen Titels Mitglied des EBV sind, für die BGF gemeinsam eine Stimme.

(3) Der EBV ist bei Sitzungsteilnahme von zumindest 40% seiner Mitglieder beschlussfähig. Er tritt zumindest einmal im Quartal zu Sitzungen zusammen. Er kann von BV, LR, BGF, mindestens 20% seiner Mitglieder und in finanziellen Angelegenheiten von der RP einberufen werden.

(4) Bei Ersatzwahlen in RP und SG haben sich alle Mitglieder von BGF und LGFs der Stimme zu enthalten.

§ 12. Der Länderrat (LR)

(1) Der LR setzt sich aus je einem von jeder LO entsandten Mitglied zusammen.

(2) Er vertritt die Interessen der LOs gegenüber BV und BGF und berät diese in Länderrangelegenheiten.

(3) Er kontrolliert die Beschlussumsetzung durch BV und BGF.

(4) Jedes Mitglied des LR kann einberufen.

§ 13. Die Landesorganisationen (LOs)

(1) Die LOs sind mit der politischen Arbeit auf Landesebene betraut. Es kann pro Bundesland nur eine LO geben, jedoch kann für Übergangszeiten eine LO für mehrere Bundesländer eingerichtet werden.

(2) Die Gründung einer LO erfolgt gemäß BGO. Die Auflösung einer LO erfolgt durch Beschluss der BGV mit mindestens 60% oder des EBV mit mindestens 90% seiner Stimmrechte.

(3) Der Landesvorstand (LV) ist das politische Außenvertretungsorgan auf Landesebene. Er ist bei Sitzungsteilnahme von zumindest 40% seiner Mitglieder beschlussfähig.

(4) Die Landesgeschäftsführungen (LGFs) sorgen für die Erledigung der operativen Erfordernisse der LOs.

(5) Der LPT hat auf Landesebene übertragen die Kompetenzen der BGV nach § 8. Abs. 4 und entscheidet über die Landes-GO mit Mehrheit von mindestens 60%. Er ist beschlussfähig, wenn und solange zumindest 20% der Stimmberechtigten anwesend sind, und ist nach einstündigem Zuwarten bei Anwesenheit von zumindest 12.5% der Stimmberechtigten und eines LV-Mitglieds jedenfalls beschlussfähig.

§ 14. Die Rechnungsprüfung (RP)

(1) Die RP besteht aus zumindest 2 von der BGV gewählten Mitgliedern. Sie prüft die Budgeterstellung und die Jahresabschlüsse sowie die Finanzgebarung auf Bundes- und Landesebene und erstattet den zuständigen Organen hierüber Bericht.

(2) Sie dürfen keinem anderen Organ angehören und in keiner Weise befangen sein.

§ 15. Die Taskforces (TF)

(1) Taskforces sind Arbeitsgruppen zu inhaltlichen und operativen Aufgabenstellungen. Sie können auf jeder Ebene errichtet werden, wobei aus dem Namen eine betreffende Zuordnung möglich sein muss.

(2) Arbeitsergebnisse von TFs sind vom jeweils zuständigen Organ verpflichtend zu

behandeln.

§ 16. Das Schiedsgericht (SG)

(1) Die Mitglieder des Schiedsgerichts werden von der BGV gewählt. Sie dürfen weder BV, BGF, LR, EBV oder einem LV angehören. Zusätzlich entsendet jede LO einen Vertreter, der nicht dem LV angehört. Jedes Parteimitglied, das auf keiner Ebene einem Parteiorgan angehört, kann zusätzlich seine Verfügbarkeit als Schiedsrichter anbieten. Die Auswahl der Schiedsrichter für ein Verfahren erfolgt gemäß der SGO.

(2) Das Schiedsgericht entscheidet über innerparteiliche Streitfälle. Jede Streitpartei hat das Recht auf Benennung eines Vertreters.

(3) Das SG hat auf Anrufung über die Satzungs- und GO-Konformität von Beschlüssen, über die korrekte Einhaltung der Verfahrensbestimmungen bei Zustandekommen eines Beschlusses sowie über die GO-, Satzungs- und Beschlusskonformität von Handlungen bzw. Unterlassungen von Organen bzw. Organmitgliedern sowie bevollmächtigten Personen zu entscheiden. Es kann hierbei den Satzungs- und GO-konformen Sachverhalt feststellen, Reparaturaufträge erlassen bzw., wenn die Angelegenheit nicht auf den Beschluss des zuständigen Organs warten kann, provisorische Ersatzregelungen beschließen.

(4) Sofern die Satzung oder die SGO nichts anderes bestimmen gelten die Verfahrensbestimmungen der ZPO.

(5) Zurückliegendes ist zuvörderst nach dem zum namhaft gemachten Zeitpunkt geltenden Satzungen, GOs, Beschlüssen etc. zu beurteilen, wobei die Hierarchie nach § 7. Abs. 5 einzuhalten ist. Neue Bestimmungen von Satzung und GOs machen widersprechendes untergeordnetes Älteres ungültig; das SG kann Übergangsfristen bestimmen, sofern es keine provisorische Ersatzregelung erlässt.

§ 17. Auflösung

Die Auflösung wird auf einer BGV mit Mehrheit von zumindest 80% beschlossen.

§ 18. (entfällt)

§ 19. Misstrauensantrag

(1) Zur Einbringung eines Misstrauensantrages berechtigt sind die Mitglieder des betroffenen Organs sowie die von der Entscheidungsbefugnis des abzusetzenden Amtes betroffenen Mitglieder.

(2) Für die Abstimmung zu einem Misstrauensvotum bedarf es eines Misstrauensantrags, welcher entweder von mindestens einem Organmitglied, welchem der Amtsträger angehört, oder mindestens 10% oder 5 der zur Einbringung Berechtigten unterstützt wird. Der Misstrauensantrag ist schriftlich zu begründen.

(3) Der Amtsinhaber hat eine Woche Zeit, eine Stellungnahme abzugeben. Nach dieser Frist wird über den Antrag abgestimmt. Stimmberechtigt sind alle zur Einbringung eines Misstrauensantrages berechtigten; sie sind über die den Antrag, die Stellungnahme und die Abstimmung elektronisch zu informieren. Der Abstimmungsmodus wird in der Wahlordnung (WO) festgelegt. Die einzelnen Organe können in ihrer Geschäftsordnung (GO) Zusatzregelungen erlassen, sofern diese der allgemeinen WO nicht widersprechen.

(4) Ein Misstrauensvotum benötigt eine relative Mehrheit.

Termine

Anderungen bitte uns bekanntzugeben! Telefonnummern ohne Vorwahl sind Wiener Festnetz-Nummern.

Ständiges

Critical Mass (aka Radldemo), j. 3. Fr. i. Monat, 16.30, 1030 Schwarzenbergpl., <http://criticalmass.at/>

Augartenspitze, Do 16-18h Mahnwache, 1020 Ob. Augartenstr./Taborstr.

GRÜNE Bezirksgr.: BG2 j. 1. u. 3. Mi, 19h, Galerie Vor Ort, 1020 Wohlmutstr.14; BG3 j.1.u.3. Mi 19h, Estepplatz 7/1A; BG4 1. Mi, 20h, 1040 Favoritenstr.22; BG5 Di 19.30 1050 Zentag. 39/1 BG6 1.u.3. Mi 19.30 Sophehl am Naschmarkt, 1060 Linke Wienzeile 34, BG7 j. unger. Wo. Do Cafe Kultur, Westbahnstr.21; BG8 j. Mi 19h, Kochg. 16, Tel.403 36 69; BG9 j. 1. u.3. Mi 19h, Pramerg.19, 3.Mi auf Anfrage Tel.92 50 712; BG10 jed. Mi, 19h, Pernertorferg. 42; BG11 Grün-Raum Leberberg, Mi u. Do 16-19h, sowie Fr 9 bis 12h. 1110 Rosa Jochmann Ring 5/28; BG12 j. 2. u. 4. Do, 19h, 1120 Ehrenfelsg.2; BG13 jed. 2. Mi, 19.30, Gh Yildiz, Auhofstr.80, BG14 Linzer Straße 251 - Mi 16-18h, BG15, Do, 19h, Krimhildplatz 10; BG16, jed. 2. Die 19h im Lokal der BG 8 1080 Blindeng.5/2 Infos 0664/831 75 20, BG17 Di, 19.30, Hernalser Hauptstr.49; BG19, Mi, 19h, Barawitzkag. 16; BG20, j. 1., 3. + 4. Mi, 19.30; Hannoverg.13; BG21 j. Mi 18.30, Brünner Str.26-32/5, BG22 j. 1.+3. Di, 19.30 Wagramerstr. 117/1, sowie GrünRaum Donauefeld, jed. Do 16-19h, 1220 Dückeg. 7/Tokiostr.11; BG23 Mi, 20h, Atzgersdorf, Kirchenpl.7, Init. Grüner SeniorIn. j.1.u.3.Di, 17h, 1070 Lindeng. 40

GAJ: Wien: Plenum Fr 19h, 1070, Lindeng. 40, T52125242, www.gajwien.at; Wr. Neustadt Fr 15h Roseng.9; Stmk: Fr 15h Graz Paulustorg. 3. Tirol Mo 19h Grünes Büro Ibk., Adamg. 13-15; Vlb.: 6800 Feldkirch Pf73; GRAS Uni Wien trifft sich jed. Mo zum basisdemokratischen Plenum, Infos aktiv@gras.at

SLP: 1070 Kaiserstr. 14/11, T. 5246310, F. 5246311; Treffen: Jugendgr. Mo 18.30 im Amerlinghaus, 1070 Stüftg.8; Do 19h GH Zypresse, 1070 Westbahnstr.35a/ Kaiserstr.; Uni-Gruppe Do 19.30 Cafe Daun, 1080 Skodag.25; Mi 18.30 Pizzeria La Piazza, 1200 Gaußplatz 7; Graz, Mi 18h im Stockwerk Jakominiplatz 18; Linz, Mo 18h Alte Welt, Hauptpl.4; Szbg, Mi 18.30, Shakespeare, Hubert-Sattler-G. 3/Mirabellplatz; NÖ: nicht regelmäßig, Infos slp@slp.at

KPÖ: Linz, Treffpunkt Cafe KPÖ, Mi 18h, Melicharstr.8

INFOLÄDEN: Wels: 4600 Spitalhof 3, Tel.07242/910432; Mi, Do 14-18, Fr 14-22, Sa 11-14, infoladen-wels@liwest.at; Korneuburg: IL Kamtschatka Zivild.berat., Bücher, Zeitschr., j. 1.u.3. Mi i. Mon. 15.30-16.30. 2100 Laaer Str.6; IL Linz: Treibsand Rudolfstr.17, Di, Fr, Sa 16 - 20h, <http://www.kv-treibsand.at.tf>; IL Salzburg: Lasserstr.26, Di+Do 16-20h, So 13-19h. infoladen.salzburg@gmx.net; IL Bregenz: AJZ Between, Bahnhofstr.47, 05574/44379, juzbuch@gmx.at; EKH (1100, Wielandg. 2-4): Que(e)r Mittwochs-Beisl 18.30-24h. Infol.X: Mi-Do 14-20, Fr, Sa 14-22h. VOLX-bibliothek Do 16 - 20 h. www.med-user.net/~ekh; HausBibliothek, Do 16-20h, www.med-user.net/~ekh/bibliothek.html

PrekärCafe j. 1. Di im Monat 20h Disk.; ab 18h. 1010 Wipplingerstr.23/Stiegenabg.

FRAUEN: FLMZ, Währingerstr. 59/ St.6, T+F 4085057, Plenum: j.1. Do, 18.30, 2.St; FZ-Beisl: Do-Sa ab 19h, Plenum: j.2.u.4. Di 18h, Eingang Prechtlgasse, ARGE Dic ke Weiber, Treffen jed. 2. Freitag im Monat, 17.30; T4028754; Beratungs-, Therapie- & Bildungszentr.f. Immigrantinnen, T4086119, <http://www.peregrina.at>; V. Förderung femin. Handwerkerinnen, T4084443

Foto- & Zeitschriftenarchiv d. AUF: Büro. Mi, 10-12h, 1010 Kleeblattg.7. Frauensolidarität, feministisch-entwicklungspolitisch: Bibliothek & Dokumentation 1090 Senseng.3, Tel.3174020-400, Öffnungszeiten Mo-Di 9-17h, Mi-Do 9-19h, Fr 9-14h. [netz: www.frauensolidarität.org](http://www.frauensolidarität.org)

Archiv der Frauen- u. Lesbenbewegung Stichwort, 1040 Gusshausstr.20/1A+B, Tel. 812 98 86, e-mail: office@stichwort.or.at, geöffnet Mo + Di 9-14h, Do 14-19

FRIEDEN: Arge WDV, argewdv@verweiert.at, 535 91 09, Fax 5327416. 1010 Schotteng. 3a/1/4/59. Wehrdienstverweig. u. Zivild.berat. Mo 18h, Deserteurs- u. Flüchtl.berat. Mi 18h; www.deserteursberatung.at/; Tel. 533 72 71; Rechtsberatung bei dring. Fällen: 0699/ 112 25 867, solidaritaetsgruppe@chello.at

Bew. gg. d. Krieg (1080 Josefstädterstr. 29, Tel/Fax 971 33 19). Treffen Di 20h: Vorstadtzentr., Gußhausstraße 14/3, 1040

Wr.Friedensbew., Plenum jed. 1. Di. i. Mon. 19h, Lokal Rotpunkt, 1050 Reinprechtsdorfer Str. 6

Friedenswerkst. Linz, 4020 Dinghoferstr.27, Tel.0732/771094, Fax 0732/797391, Büro & Bibl. Mo 13-18, Mi 9-14, Do 17-19

ARBEITSLOSE: AMSand, Beratung: Do, 18h, Amerlingh., 1070 Stüftg.8, <http://www.amsand.com>; Frauenberatung AMSandstrand: jed. 1., 2. u. 3. Di. im M. von 18 bis 20h, <http://www.amsandstrand.com>

Verein "Zum Alten Eisen"/1080 Laudong.16, Tel. 0664/100 90 83 Mo - Fr 8-16h, Treffen jed. Do ab 16h im Gasthaus Dormann 1050 Wimmerg.9

Verein. Arbeitslosennis: NÖ, 3100 St. Pölten, A. Hofer Str. 4, T.02742/73440; Salzburg-Itzling 5020, Kirchenstr.34/ ABZ-Beisl, Tel. 0662/ 821833; Klagenf. 9020, Südbahngürtel 24, Tel. 0463/ 319732; Vlb. 6805 Feldk.-Giesingen, Runastr. 25, Tel. 05522/37536

LGBT: LICRA - Internat. Liga gg. Rassismus & Antisem., NGO, Jour fixe j. 1. und 3. Mo im Mo, 19:30, Rep.Club, 1010, Rockhg./Cafe Hebenstreit

WILL-Wr. Lehr.In.Ini j. 1. Mi. 19:30 KIV, 1020 Odeong.1/Gr. Mohreng. Werk-Inforunde: j. 1. Mi. i. Mo. 18h. Permakultur, Selbstversorg., Tauschkreise, Veganes; 1090 Währ. Str.59

Di 18h

Augustin; j.1.Mi.i.Monat 18-20 Uhr Schreibwerkstatt im Häferl, 1060 Hornbostelg.6; Radiowerkstatt j.2.Mi.i.Monat 10-12 Uhr, 1040 Mostg. 7/3; 587 87 90

Kostnixladen virtuell: www.geldlos.at - real: im vekk. 1050 Zentag 26, Mo, Do, Fr jew. 15-20h. ebda: WEGzehr & Kost-Nix-Kino jed. 1. Do im Mon., kochen ab 14h, ab 20h filme und voku

AUGE/UG Büro, Termine /Themen: <http://www.auge.or.at>, Mi., Ort: Belvedereg. 10/1, 1040; KIV/Unabh. Gewerksch. Gemeindebed., KIV-Club Odeong.1/ Eingang Ecke Mohreng., 1020, kiv@kiv.at

Polit. Bezirksini. PolDi-Politik Direkt am 1. oder 2.Mo im Mon, 19h Uhr, Cafe Sperlhof, 1020 Große Sperlg. 41. <http://poldi.mond.at>, Nachfragen: 319 44 86 o. poldi.news@mond.at

Marxer Lesestube (Zeitungen, Sachbücher, Kaffee-Plausch) Fr ab 16h, 1030 Marxerg. 18 (Ecke Gärtnerstr.), Tel. 0681 1027-8815

VIRUS Di, 20h WUK-Umweltb., 1090 Währ.Str.59, Eisenstiege

Gruppe Prolet. Revol. (Linkskomm.) & AG Kampagne zur Ausdehnung von Protesten auf die Beschäftigten der Betriebe, Di außerh. der Ferien, 15h; Pizzeria Venezia, 1040 Weyringerg./Viktorg., klassenaktion@gmx.at, T. 0699/10 38 55 80

Opferinitiative gg Machtmissbrauch u sexuelle Gewalt, Amerlinghaus, meistens jed. 1.+3. Sonntag - Info: <http://www.opferoffensive.com>. 1070 Stüftg.8 (0699 11 48 23 65

Amerlinghaus, jed. 2. Mittwoch abends offene antirassistische Treffen. Infos.antiraplenum@riseup.net

Anarchistische Bibliothek jed. Mo 18 - 20h oder nach Absprache. 1080 Lerenfelder Str.124-126/Hof 3/Tür 1a, <http://a-bibliothek.org>

Archiv d soz. Bewegungen, Mi u. Fr 17-20h, Kontakt www.bibliothek-vonunten.org, e-mail: archiv.wien@gmx.at, 1010 Wipplingerstr.23

Pankahyttn, jeden Dienstag ab 20h Stammstsch. 1150 Johnstraße 45/Halle, www.pankahyttn.isdrin.at

Bikekitchen ReparaturBAR: Donnerstags Selbsthilfwerkstatt: 16-20h/Community: 20-24h, jd. 1.Fr im M. 16-20h Rad-Werkstatt nur für Frauen, Lesben und Transgender. 1150 Goldschlags-tr.8. Gebrauchte Ersatzteile sind vorhanden.

Offenes Treffen des ehem. Speakerscorner gg Schwarzbunt j. 1. Do im M., 19 Uhr Käuzchen, 1070 Gardeg./Neustüftg.

Derzeitiges

Wien Museum, Ausstellung bis 12. August 2012: BESETZT - Kampf um die Freiräume seit den 70ern!!! Arena, Amerlinghaus, WUK, Gassergasse, Aegidigasse/Spalowskyg. usw. Geöffnet Die bis So 10-18h + Feiertag, jew. 15h. Infos zum Begleitprogramm: Tel.505 87 47-85173 und service@wienmuseum.at. 1010 Karlsplatz! Jeden 1. Sonntag im Monat ist für alle BesucherInnen freier Eintritt

VHS Hietzing, Ausstellung noch bis 15.5. im 1. u. 2. Stock "Young Austria" - ÖsterreicherInnen im Britischen Exil 1938 - 1947. Für ein freies, demokratisches und unabhängiges Österreich. 1130 Hofwieseng.48,

geöffnet Mo - Fr 8 bis 20h. Führungen durch die Ausstellung mit Albert Hirl am 15.5. von 18 bis 19h

Innsbruck, HdB, Rennweg 12, vom 18.Mai bis 20.Mai Vorbereitungsseminar zur Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas Mexiko. Anmeldung chiapas-tirol@gmx.at, die Schulungen finden auch in Wien am 19/20.Mai und 2./3. Juni statt - Infos.chiapas-wien@gmx.at

Graz, Forum Stadtpark - vom 18.5. bis 27.5. Festival für Dokumentarfilm und Diskussionen, Workshops: Crossroads 2012 - Schwerpunkt Zerstörung der Natur und der Lebensgrundlagen, der weltweite Widerstand dagegen. Weitere Themen Migration, Geschlechtergerechtigkeit und neue Technologien

Noch bis 18.5.: Tage gegen Rassismus - Infos <http://www.gbw-wien.at>

Am 16.6. fährt der Kulturverein Zwischenraum einen Ausflug am 16.6.2012 ins Industrieviertel. Dichtes Programm unter Leitung Hans Scheifele, Termin 16.6., Abfahrt um 8 Uhr vor dem Lokal der GA 1200 Hannoverg.13, Kosten 25,—. Infos hans.scheifele@bda.at oder Tel. 0676/6882546, eine Anzahlung von 10,— soll bis spätestens 6.6. erfolgen!

Vom 23. bis 29.Juli wird das internationale Sommercamp der RSO für die Generation Revolution veranstaltet. Ort ist ein Campingplatz in Tschechien. Themen: Arabischer Frühling und griechische Hitze, Krise und Widerstand, Organisierung und Revolution.... Anm: rso@sozialismus.net

Donnerstag, 10.5.

ega, 19h, Vortrag Kurt Bayer: EU-Fiskalpak: Falsche Wege aus der Krise - Kritik und Alternativen. 1060 Windmühlg.26

FZ. 19.30, Selbstorganisierung, Repression und internat.Perspektiven: Zur aktuellen Situation in der Türkei und in Syrien aus der Sicht der kurdischen Frauenbewegung. Eine Verantst. von autonomen Feministinnen im FZ. 1090 Währingerstr.59/6, Eingang Prechtlgasse - an der schwarzen-roten Türe läuten

Grüne Alternative, 19h, ein Themenabend der Alternativen Wirtschaft zu genossenschaftlichen und kollektiven Strukturen, mit Impulsreferaten von Georg Luif/America Latina und Sonja Grusch/SLP u.a. 1080 Blindeng.8

Galerie NUU, 19h, Disk. Alltagsrassismus - warum polarisiert

das "N-brot" ganz Wien? GemeinderätInnen aller Wiener Parteien stellen sich den Fragen interessierter Menschen. 1090 Wilhelm Exnerg.15

ekh, 20h, Polidiskubeisl: Ute Bock Film und Diskussion. 1100 Wielandg.2-4

Österr. DialektautorInnen, 19h, Richard Weihs erzählt von den durchaus kabarettreife Erfahrungen, die er in den vergangenen Jahrzehnten im sechsten Bezirk machen durfte und liest aus seinen Büchern "Mariahilf" und "Der Blues-Gust: O Mariahilf! Gschichtln imd Schmankerln vom Grund. 1060 Gumpendorferstr.15/13

VHS Brigittenau, 19,30, Piet Grusch: Protestbewegung, LiebermacherInnen und das Wiederaufleben der traditionellen ArbeiterInnenlieder. 1200 Raffaelg.11

Rep.Club, 19h, Disk: Griechenland - ein europäischer Fall. 1010 Rockhg.1

Wien Museum, 18,30, Disk: Häuser für alle - eine Utopie? Besetzungen als politische Strategie. Ein Gespräch mit Eva Dite, Herbert Sburny-Brunner, Chris Thaler u.a. 1010 Karlsplatz

Depot, 19h, Vortrag befreiende Bildung: Paulo Freire. 1070 Breite Gasse 3

Literaturhaus, 19h, Lesungen: Freiheit des Wortes - das Politische in Kunst und Literatur. 1070 Zieglerg.26a

Cafe Daun, 19,30, SLP-Disk: Der Teamster-Streik in den USA. 1080 Skodag.25

AK Bildungszentrum, 19h, Stadtgespräch mit Peter Huemer und Colin Crouch/britischer Politikwissenschaftler und Soziologe: Wenn wir die Konzerne nicht stoppen können, sollten wir sie wenigstens vor uns hertreiben. 1040 Theresianumg.16, Anm. Tel.501 65/2882 oder www.wienerstadtgespraeche.at

KIV-Club, 18h, Disk. über Datenfassungssysteme bei der Stadt Wien mit einem Gast der Arge Daten. 1020 Große Mohreng.42/Odeongasse

Salzburg, AAI, 19,30, Vortrag und Disk: Die Finanzmärkte - Funktionsweise und Entwicklung - Probleme und Reformbedarf. Philharmonikerg.2

Freitag, 11.5.

Stadtexpedition im Rahmen der Wien Museums-Ausstellung: Besetzt! Kampf um Freiräume...Expedition zu den selbstverwalteten Kulturzentren Amer-

linghaus und WUK. Treffpunkt Amerlinghaus 1070 Stiftg.8, Dauer 3 Stunden - Anmeldung an Wien Museum Tel.505 87 47-85173 und service@wienmuseum.at, Treffpunkt Amerlinghaus 16 Uhr

Aktionsradius-Führung bei jedem Wetter: Der Donaukanal - die Entdeckung einer Wiener Stadtlandschaft. Dauer 3 Stunden, 5,- euro. Anm. Tel. 332 26 94, office@aktionsradius.at, Treffpunkt wird nach der Anmeldung bekanntgegeben.

Literaturhaus, 19h, Ukrainische Fußballgeschichten: Wodka für den Torwart. 1070 Zieglerg.26a

Grüne Bildungswerkstatt, 19h, Buchpräs. und Disk: Heribert Schiedel: Extreme Rechte in Österreich und Europa. Nina Horaczek: Fakten gegen alltagsrassistische Vorurteile. 1060 Esterhazyg.21 Anm. an http://www.gbw-wien.at

Pankahyttn, 21h pünktlich: Konzert mit OI POLLOI/Edinburgh. Ende 22,30, 1150 Johnstr.45

ÖGB, 9-18h Aktionskonferenz: Eure Schulden, unsere Demokratie. 1020 Johann Böhm Platz/Catamaran/U 2 Donaumarina, Anm: www.wege-aus-der-krise.at/aktionen/aktionskonferenz.html

Westbahnhof/Christian Broda Platz, 18h, Demonstration und Menschenkette: Für eine Volksabstimmung über den EU-Fiskalpakt

Samstag, 12.5.

OCCUPY Patriarchy - Zeltstadt der Frauen! Besetzung der Wiener Ringstraße mit ihren politischen Forderungen, Aktionen, Kultur und Frauenfest! Infopoint beim Parlament ab 9 Uhr, Infos unter www.20000frauen.at, Tel.0676/4551683, IDEEN und Themen siehe office@20000frauen.at

Graben/Kohlmarkt, 14-16h Mahnwache der Frauen in Schwarz/Wien: Solidarität mit den palästinensischen Kindern in israelischen Militärgefängnissen

Salzburg, Platzl Staatsbrücke, 15h, Internat.Aktionstag: In die Zukunft investieren statt Sozialstaat demontieren

Lindengasse/Neubaugasse, 12-14h Straßentheater: Die Würde des Menschen ist unantastbar - Nein zu Willkür und Unmenschlichkeit

Grünes Haus, 14-17h, Workshop: Wie verhindere ich eine Abschiebung? Anm: http://www.gbw-wien.at, 1070 Lindeng.40

Jugendcafe cult.cafe, 16-19h, Workshop: Interkulturelle Kompetenz, von Jugendlichen für Jugendliche. Anm: http://www.gbw-wien.at, 1070 Neustiftg.89-91

Sonntag, 13.5.

Steine der Erinnerung - Eröffnung in 1020 Haidgasse 3

Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Mauthausen ab 11h - SLP führt einen Bus nach Mauthausen. Anmeldung für die Fahrt an slp@slp.at

Schikanederkino, 20h, Film: Teza - Morgentau. 1040 Margaretenstr.24

Spaziergang "Widerständiges Margareten", reeding room 14h, 1050 Anzengrueberg.19/1

Montag, 14.5.

Amerlinghaus, 20h, Wilde Worte mit Richard Weihs und Sabine Nikolay: Objekt. Der Wanderer: Der Imker. 1070 Stiftg.8

Hauptbücherei, 18,30, Buchpräs: Überleben. Rwanda - Sprache als Ort des Erinnerns. 1070 Urban Loritz Platz 2a

Grüne Alternative Margareten, 17,30, Sensibilisierungs-Workshop. 1050 Zentag.39

Schikaneder-Kino, 20h, Film von David Bruckner: oder Österreich. 1050 Margaretenstr.24

Diplomatische Akademie, 18,30, Vortrag: Was kommt nach dem arabischen Flüchling in Nordafrika? Algerien - die Revolution bleibt aus. 1040 Favoritenstr.15a, Eintritt 4,-/2,-

Linz, Alte Welt, 18h, SLP-Disk: Kampf gegen Rechtsextremismus - Internat. Beispiele. Hauptplatz 4

Dienstag, 15.5.

VHS Hietzing, Vortragssaal 1.Stock, 19h, Finissage der Ausstellung Young Austria & Benefiz für den Entwicklungshilfeklub in Gedenken an Otto Tausig. 1130 Hofwieseng.48

Amerlinghaus, 19h, Filmreihe Palästina: die Vertreibung 1948 - in 2 Teilen, 2. Teil am 22.5. Verant. von den Frauen in Schwarz/Wien

Gbw, 18h, Workshop: Es herrscht Verwirrung im Abendland - Antimuslimischer Rassismus - allen ein Begriff? 1060 Esterhazyg.21, Anm: www.gbw-wien.at

Grüne Alternative Margareten, 17,30, Workshop mit ZARA: Zivilcourage. 1050 Zentag.39, Anm: http://www.gbw-wien.at

Aktionsradius, 19,30, Lesung: Flüchtlingsgespräche Bertold Brecht. 1200 Gaußplatz 11, Ein-

tritt 8,-

7stern, 19,30, Jura Soyfer - hörbar. Hörspiele im Radio mit dem Regisseur Götz Fritsch. 1070 Siebensterng.31

Innsbruck, SoWi HS 2, 18h, Vortrag: Was kommt nach dem arabischen Frühling in Nordafrika? Algerien. Universitätsstr.15, Abendkarte 4,-/2,-

Mittwoch, 16.5.

Auf nach Frankfurt: BLOCKUPY vom 16. bis 19. Mai europaweite Aktionstage gegen die Spar- und Kürzungspolitik der Troika. Infos www.slp.at

Grüne Bildungswerkstatt/GBW, 19h, Podiumsdisk: Rechtsextremismus und Gender. 1060 Esterhazyg.21, Anm: http://www.gbw-wien.at

Salzburg, Shakespeare, 19h, SLP-Disk: Bildungskrise und Studiengebühren? Welchen Weg aus der Misere. Wie können die Verschlechterungen bei Studierenden verhindert werden. Hubert Sattler Gasse 3

Freitag, 18.5.

Peppa - Interkulturelles Mädchenzentrum, 16h, Workshop: HipHop mit EsRap - Texte hinterfragen. 1160 Hasnerstr.61, nur für Mädchen! http://www.gbw-wien.at

WUK, 21h, Party Dance for Human Rights - Asyl in Not Charity. 1090 Währinger Straße 59, Eintritt 10,- Vorverkauf www.wienextra.at, 12,- Abendkasse - der Erlös dient zur Gänze der weiteren Arbeit von Asyl in Not

Samstag, 19.5.

ekh, 21h, SOLI-Party - Food not Bombs. 1100 Wielandg.2-4

Internat. DEMONSTRATION am 19.5. ab 15h in Frankfurt gegen das Europa der Banken und Konzerne. Infos und Fahrgelegenheit siehe www.slp.at und slp@slp.at, sowie http://www.prozion.de/

Montag, 21.5.

GPA-djp, 18h, 1.Stock, Kamingespräch mit Gleichstellungsexpertin Shade Jalali von der Gewerkschaft Unionen Schweden. 1030 Alfred Dallinger Platz 1, Anm: frauen@gpa-djp.at, Tel. 050301-21432

Depot, 19h, Buchpräs: Postnazismus revisited, m it Stephan Grigat, Clemens Nachtmann und Gerhard Scheit. 1070 Breite Gasse 3

Diplomatische Akademie, 18,30,Vortrag: Was kommt nach

dem arabischen Frühling in Nordafrika? Marokko. 1040 Favoritenstr. 15a, Abendkarte 4,—/2,— 7stern, 20h, die 3 Altspatzen lesen "Wiener Spitzen". 1070 Siebensterng.31

Dienstag, 22.5.

Rep.Club, 19h, Lesung: Exil - ein Lesebuch. 1010 Rockhg.1

7stern, 20h, Filmfestival bis 25.5.: Ethnocineca 2012. 1070 Siebensterng.31

Aktionsradius, 19,30, Podiumsdisk: Rätsel Wiener Lebensart. 1200 Gaußplatz 11

Grünes Haus, 17h, IGS-Jour fixe: Biosprit - pro oder contra? 1070 Lindeng.40

Österr.Orientges., 18h, Vortrag: Von der Muslimbruderschaft zur salafistischen al-Nour Partei? Die pluralität der islamistischen Bewegung und das post-Mubarak Regime in Ägypten. 1010 Dominikanerbastei 6/6, Abendkarte 4,—/2,—

Innsbruck, SoWi, HS 2, 18h, Vortrag: Was kommt nach dem arabischen Frühling in Nordafrika: Marokko. Abendkarte 4,—/2,—. Universitätsstr.15

Mittwoch, 23.5.

Salzburg, Shakespeare, 19h, SLP-Veranst: Reisebericht aus Sizilien: Die Mafia - eine kapitalistische Geschichte. Hubert Sattler Gasse 3

Donnerstag, 24.5.

ekh, 20h, Politdiskubeisl: Wie bleibt der Rand am Rand. 1100 Wielandg.2-4

Depot, 19h, Buchpräs: Epistemischer Ungehorsam. 1070 Breite Gasse 3

Grüne Bildungswerkstatt, 14 - 17h, Sigrid Pilz und Grüne Ärztinnen: Alles paletti in der Medizin oder ist Kritik vonnöten? 1060 Esterhazyg.21; Anm.

susanna.kragora@chello.at

Freitag, 25.5.

Technisches Museum, Führung mit dem Kulturverein Zwischenraum durch die Ausstellung: In Arbeit. Treffpunkt 15,45 im Foyer, 1140 Mariahilfer Straße 212, Anm. bei Marana Potocnik Tel. 2022147 oder ginganz@gmx.at

GH Zypresse, 19h, SLP-Veranst: Sparpaket trifft Frauen ganz besonders. 1070 Westbahnstr.35a

Zwentendorf, Gelände des Atomkraftwerks, bis 26.5. Global 2000 Tomorrow-Festival - ökologisch und atomkraftfrei - 30 Jahre Global 2000 - als Auftakt des europäischen Atomausstieg-Volksbegehrens. Info www.global2000.at

Studienfahrt nach Auschwitz und Krakau - bis 28.5.12, in Kooperation mit den Wr.Volkshochschulen, Anmeldung unter www.studienfahrten.at

Dienstag, 29.5.

Depot, 19h, Vortrag mit Respon- denz: Riskante Erziehung in Heim und Familie? 1070 Breite Gasse 3

Österr.Orientges., 18h: Vom historischen Palästina zur Zwei- Staaten Lösung? 1010 Dominikanerbastei 6/6 Abendkarte EUR 4,/ 2

Aktionsradius, 19,30, Wiener Klassenzimmertheater: Stell dir vor, es ist Krieg. 1200 Gaußplatz 11, Eintritt 8,—

Mittwoch, 30.5.

La Piazza, 19h, SLP-Gewerk- schaftstreffen: Wie kann in den KV-Verhandlungen ein gutes Ergebnis erreicht werden? 1200 Gausplatz 7

Depot, 19h, feminismen disku- tieren: Geschlechterverhältnis in

Krisenzeiten. 1070 Breite Gasse 3

Aktionsradius, 19,30, Wientexte und Songs: Seawas, Grüssi, Salam-Aleikum. 1200 Gaußplatz 11

Volkstheater Wien, 22h Rote Bar: streitBAR@Wer wird ad ACTA gelegt: Die Kunst oder die Freiheit. Eintritt frei

Graz, TU HS VI, 19,30, Vortrag: Muslimbrüder und Demokrati- sierung: Ein Paradox im arabi- schen Frühling. Rechbauer- str.12, Eintritt 8,—

Salzburg, Shakespeare, 19h, Vorstellung der neuen Broschü- re der SLP: Für eine neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendli- che. Hubert Sattler Gasse 3

Donnerstag, 31.5.

Österr.Orientges., 18h, Seminar bis Sa 2.6.: Muslimbrüder: Der Sturz autoritärer arabischer Herrscher und die Forderung nach Demokratie. 1010 Dominikanerbastei 6/6, Teilnahmegeb. inkl.Getränke und Seminarun- terlagen: 20,—/10,—

Amerlinghaus, 20h, Kabarett 1.Wr.Mobbing Theater: Der Sinn der Krise - Tatort Verkauf. 1070 Stftg.8

Freitag, 1.6.

Lokalausganschein "Arena" - der Traum von einer anderen Stadt. Treffpunkt um 17h Arena Wien, 1030 Baumg.80, Dauer 2 Stunden, Kosten 10,— euro. Anmel- dung 505 87 47-85173 oder service@wienmuseum.at

Ossiach, bis 3.6. - 10.Konfe- renz Zivilgesellschaft RIO+20 - auf dem Weg zu globaler Ver- antwortung. Info www.initiative- zivilgesellschaft.at

Samstag, 2.6.

Altes AKH, Hof 1, 14 - 22 Uhr SÜDWIND-Straßenfest

Letzte Worte

“Pflück dir ein Gedicht!” Nein, das ist ausnahmswei- se keine Aufforderung von Helmut Seethaler, Erfinder der Pflückgedichte, sondern eine Werbung von BIPA: “An vielen Orten in Österreich findest du heute und morgen unsere Muttertags-Pflückgedichte, die auch als Duftgutschein dienen – das perfekte Geschenk für deine Mama! Mit etwas Glück läufst du noch dazu einem unserer "Muttertags-Teams" über den Weg und kannst so Teil des längsten Muttertagsge- dichtes werden!”

Seethaler, sowieso notorisch pleite und durch seine jetzigen Prozesse ökonomisch noch bedrohter, fragt sich nun per Aussendung, ob er von BIPA nicht eine Entschädigung für das Klauen der Idee verlangen könne...

VORSICHT: kleingedrucktes!
Die aktuellen Informationen verstehen sich als wöchentliches diskussions-, mitteilungs- und nachrichtenblatt mit einem termin- und veranstaltungskalender. Weiters sollen ideen und informationen möglichst vieler fortschrittlicher gruppen, initiativen und personen weiterverbreitet werden. Jeder artikel drückt lediglich die meinung der unter- zeichnenden autoren und auto- rinnen aus. redaktionsmeldungen und technische informationen können ungezeichnet bleiben. Bedeutung der Kürzel: "akin" bedeutet einen Eigenbericht, "bearb." bezeichnen Artikel, die ohne weitere Recherche über- nommen, aber sprachlich bear- beitet wurden, "gek." bezeichnet reine Kürzungen. Die redaktion besteht auf ihrer autonomie und behält sich daher auch das recht vor, texte zurück-

zuweisen, zu kürzen oder zurückzustellen. Faschismen, sexismen, rassismen und totalitarismen werden prinzipiell nicht gedruckt. Texte können aber teil- weise oder komplett auch abge- lehnt oder zur späteren veröf- fentlichung zurückgestellt werden, wenn sie beleidigend sind, nichts neues respektive mitteil- lenswertes enthalten, nicht, nur schwer oder nur einem spezial- publikum verständlich oder rechtlich bedenklich oder über- lang sind. Auch wenn durch eine veröfentlichung ein unzumutbar schaden eintreten könnte, den die redaktion sich zu verantwor- ten außer stande sieht, kann ein abdruck unterbleiben. Ablehnungen können in der akin mitgeteilt und begründet werden. Auf verlangen einer solchen begründung wird eine solche obligatorisch abgedruckt. Es liegt an der redaktion, zu ent- scheiden, ob ein text in eine der

oben angeführten kategorien fällt. Sollte nach längerer disku- sion kein konsens innerhalb der redaktion zu erreichen sein, ent- scheidet die mehrheit der anwe- senden redaktionsmitglieder. Diese sind jedoch gehalten, nach einer für alle tragbaren lösung zu suchen. Stimmberechtigte mit- glieder sind nur regelmäßige mitarbeiterInnen der redaktion. Nach redaktionsschluß einlan- gende artikel können unter umständen nicht mehr berück- sichtigt werden. Abgelehnte manuskripte können in der redaktion eingesehen werden. Flugblätter etc. werden als doku- mente aufgenommen und sind bestandteil der "aktuellen infor- mationen". Wöchentlicher herstellungsplan (wenn nicht anders angekün- digt): redaktionsschluß und öffentliche redaktionssitzung: montag, 18h.

Jahresabonnement (min. 28 reguläre ausgaben): 60 Euro (bei bfs-mitgliedern ist die aboge- bühr im mitgliedsbeitrag enthal- ten). Ausland: 60 E plus ein bis- serl einer Spende; 3 Ausg. gratis zur Probe. Akin per e-Mail (als reiner Text oder pdf oder bei- des): für Papierabon. gratis, ansonsten 30 Euro. Konto-Nr.: Bank Austria, föj — bewegung für sozialismus Blz. 12000 Ktnr.

223-102-976-00, zahlungs- zweck: akin. Auf eurem adressenetikett steht in der obersten zeile der ablauf eures bezahlten abos (z.b. 10/12 = dezember 2010). Soweit abge- laufen, malen wir manchmal um das etikett einen kreis. Und im WWW findet ihr unser Archiv unter: <http://akin.mediaweb.at>

IMPRESSUM: MedieninhaberIn (verlegerIn), her- ausgeberIn und herstellerIn: bewegung für sozialis- mus (föj), belvedereg. 10, 1040 wien. Nachdruck unter quellenangabe und zusendung eines belegexem- plars erbeten. Reproduktionen im internet bitte unter angabe unserer webadresse oder des deeplinks sowie benachrichtigung per mail. DVR-nummer: 0557 021; redaktion und postadresse: lobenhauerng.35/2, 1170 wien. tel. 01/53-56-200, kein fax, akin.redaktion@gmx.at